



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 6

**Tauziehen um
die Altersteilzeit**

LEBEN

SEITE 20

**Das neue Gesetz
für Pflegezeit**

ARBEIT

SEITE 25

**Ausbildungslotse
für Hauptschüler**

BEZIRK

SEITE 28

**Leiharbeits-Truck
kommt in Fahrt**



ENERGIEKRISE



NEUE CHANCEN

THEMEN IM HEFT

**Umsteigen, bevor es weh tut**

Die steigenden Energiepreise führen allen Menschen in den Industriegesellschaften vor Augen, dass es so wie bisher nicht weiter gehen kann. Es muss gespart werden. Eine Welt mit weniger Energieverschwendung ist machbar. Energie sparen wird zum wichtigsten Faktor im globalen Wettbewerb. Dabei geht es um die Zukunft von Millionen Arbeitsplätzen. **SEITE 10 BIS 13**

Titelfotos: gettyimages



Foto: Matthias Jung

Mit Sonnenstrom gegen die »Multis«

Klaus Schweim aus Bergneustadt hat mit Hilfe der Photovoltaik seine Stromrechnung gesenkt und Energie gespart. **SEITE 14**



Foto: Christian von Polentz / transifoto.de

Die »eiserne Lady« aus Berlin

Stefanie Siegmund ist Triathletin. Mut, Willensstärke und Stehvermögen braucht sie auch als Betriebsrätin in Berlin. **SEITE 17**



Foto: Norbert Millauer / ddp

Leistungen bei Streik

Streik ist das äußerste Mittel, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen. IG Metall-Mitglieder sind abgesichert. **SEITE 18**

GLEICHE ARBEIT**GLEICHES GELD**

**Leiharbeit
fair gestalten**

IMPRESSUM**metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall**

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzels, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich
im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ZUKUNFT



Berthold Huber,
Erster Vorsitzender
der IG Metall, über
die Energiepolitik
der Zukunft.

Foto: Gaby Gerster

Kluge Energiepolitik kann uns allen nützen

Unternehmen und Betriebsräte müssen sich den energiepolitischen Herausforderungen stellen – mit innovativen Belegschaften.

Die Preise steigen immer weiter. Vor allem Benzin und Energiekosten werden teurer. Die Inflationsrate in Deutschland ist im Juli 2008 deshalb auf 3,3 Prozent geklettert, so hoch wie seit fünfzehn Jahren nicht mehr. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können diese Belastung auf Dauer nicht stemmen. Eine rückwärtsgewandte Energiepolitik löst diese Herausforderung allerdings nicht. Wer der Atomkraft das Wort redet, setzt auf eine problematische Technologie. Der Strompreis würde ebenfalls nur wenig sinken. Die richtige Lösung ist ein grundlegender energiepolitischer Wandel in unserer Wirtschaft und in unserer Gesellschaft. Das sind wir auch den nachfolgenden Generationen schuldig.

Die IG Metall setzt auch bei einer ökologischen Erneuerung der deutschen Industrie auf eine »Besser statt billiger«-Strategie. Ökologische Industriepolitik reduziert nicht nur den Energie- und Rohstoffverbrauch. Sie er-

zeugt neue Verfahren, Werkstoffe und Produkte. Und damit neue Chancen auf den Märkten – also Chancen für neue Arbeitsplätze. 75 000 neue Stellen sind in Deutschland allein bei der Windenergie geschaffen worden. Auch in unseren traditionellen Branchen wie Stahl oder der Automobilindustrie schaffen wir Arbeitsplätze nur durch Nachhaltigkeit.

Steigende Energiepreise verstärken den Druck. Unternehmen und Betriebe müssen sich den energiepolitischen Herausforderungen stellen. Forschen, entwickeln, umsetzen – das gelingt motivierten und einflussreichen Beschäftigten am besten. Wer innovative Belegschaften braucht, muss Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder stärker am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligen. Zum Beispiel mit fairen Tarifierhöhungen. So kann eine zukunftsfähige Energiepolitik uns allen nützen. Wenn sie umweltpolitisch sinnvoll ist – und sozial gerecht.

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Altersteilzeit**
Das Tauziehen um den Ausstieg wurde unterbrochen.
- 5 **Zeitdruck und zu wenig Geld**
DGB-Studie »Gute Arbeit« ist zum zweiten Mal erschienen.
- 6 **Siemens**
Milliarden kassieren, Tausende feuern.
- 7 **Datensammelwut stoppen**
Gewerkschaften fordern Schutz für Arbeitnehmerdaten.
- 8 **Interview**
Wolfgang Müller über China und Olympia.
- 9 **Schaeffler gegen Conti**
Der Wälzlagerhersteller will den Autozulieferer schlucken.

TITEL

- 10 **Energiekrise als Chance**
Die teure Energie zwingt schon viele Firmen zum Umdenken. Innovation ist angesagt – bei Produktion und Waren.

REPORTAGE

- 14 **Photovoltaik**
Wie ein Metaller seine Stromrechnung verringert.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch bei Triathletin Stefanie Siegmund.

- 18 **Service für Mitglieder**
Wie unterstützt die IG Metall bei Streik?
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Vökl-Betriebsrat kämpft noch immer vor Gericht.
- 20 **Guter Rat**
Das Pflegezeitgesetz gibt mehr Zeit für Angehörige.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Eine »Oral-B-Station« von Braun.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
MAN-Nutzfahrzeuge: Solidarität zahlt sich aus.
- 23 **Die gute Idee**
Sozialticket soll Recht auf Mobilität sichern.
- 24 **Tipps für den Job**
Viel Sonne und hohe Temperaturen belasten.
- 25 **Besser mit Bildung**
Mentorenprogramm für Hauptschüler.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Beim PC geht der Trend zum breiten Bildschirm.
- 26 **Ökonomie mal anders**
Oskar Negt zum Symboldatum »68«
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Bund der Steuerzahler

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**



Foto: FM

Nazi-Spuk in Schliersee verhindert

Zum zweiten Mal ist das dubiose »Annaberggedenken« neonazistischer Gruppen auf dem Weinberg ausgefallen. SEITE 6

ALTERSTEILZEIT

Das lange Tauziehen um den Ausstieg

Wie viele aus der Belegschaft dürfen in Zukunft noch früher aus der Arbeit aussteigen? Nur noch zwei Prozent, wie die Arbeitgeber wollen? Oder mindestens doppelt so viele, wie die IG Metall verlangt. Das war der Knackpunkt, an dem sich die schwierigen Verhandlungen zur Altersteilzeit festhaken. Bei Redaktionsschluss der **metallzeitung** war das Ende offen.

17 Mal war schon in der ganzen Republik verhandelt worden. Davon sechs Mal in Baden-Württemberg. Die siebte Tarifrunde im Südwesten am 27. Juni in Böblingen sollte endlich den Durchbruch bringen. »Wir waren alle zuversichtlich, dass wir das sauber hinbekommen«, erinnert sich Herbert Kasperek. Er, der wochentags normalerweise bei der Stahlbaufirma Liebherr arbeitet, war am 27. Juni in Böblingen. Als Mitglied der Verhandlungskommission der IG Metall in Baden-Württemberg erlebte er das zähe Ringen um einen Altersteilzeitkompromiss schon zum siebten Mal hautnah mit. Dieses Mal schien nach siebeneinhalb Stunden eine Lösung in Sicht.

Verständigt hatten sich IG Metall und Südwestmetall darauf, dass die bestehenden Betriebsvereinbarungen weitergeführt werden, auch nach 2009, wenn es für Altersteilzeit keine Zuschüsse mehr von der Arbeitsagentur gibt. Auf freiwilliger Basis sollten Betriebe künftig auch neue Altersteilzeitregelungen für Beschäftigte ab 57 Jahren vereinbaren können – mit bis zu sechs Jahren Laufzeit. Wer sie nutzt, könnte dann mit 60 Jahren aufhören zu arbeiten und mit 63 in Rente gehen. Außerdem bestand Konsens, dass auch Beschäftigte, deren Arbeit »besonders belastend« ist – wie die von Schichtarbeitern, schon mit 57 Jahren Anspruch auf Altersteilzeit haben. Alle anderen, also alle,

deren Arbeit nicht als »besonders belastend« gilt und für die auch keine Betriebsvereinbarungen bestehen, sollten ab 61 bis zu vier Jahre in Altersteilzeit gehen können. Und bei denen, die wenig verdienen, sollte das Entgelt in der Altersteilzeitphase aufgestockt werden. Damit sie es sich auch leisten können.

So weit, so einig. Zum Abbruch der Gespräche kam es schließlich, weil die Arbeitgeber darauf beharrten, dass in all den Betrieben, in denen es keine Schichtarbeit gibt, nicht mehr als zwei Prozent der Belegschaft in Altersteilzeit gehen können. Bisher liegt die Grenze bei fünf Prozent. »Was ist denn mit den vielen anderen Arbeitern, die mit 60 kaputt sind, und mit den Angestellten, die den Stress nicht mehr aushalten können?«, fragte Kasperek. Die hätten kaum eine Chance, früher auszusteigen. Die Arbeitgeber wollten eine Lösung, die sie

wenig kostet. Hinter ihnen stehen auch die Industrieverbände, die sagen: »Wir wollen die Rente mit 67. Mit einem vorzeitigen Ausstieg setzen wir falsche Signale.« Solche Sätze passen allerdings wenig zu ihrem eigenen Handeln oder genauer: Nichthandeln. Denn wie eine Studie der Bundesagentur für Arbeit zeigt, haben 2006 nur 17 Prozent der Betriebe Ältere gefördert – weniger als 2002.

Der Bedarf ist da. Nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts wird Altersteilzeit von 90 Prozent aller Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten genutzt. Und immerhin auch von jedem zweiten Kleinbetrieb. Obwohl die Arbeitgeber behaupten, Altersteilzeit sei mit schuld am Fachkräftemangel. »Umgekehrt wird ein Schuh draus«, sagt Kasperek. »Uns fehlen Fachkräfte, weil nicht genug ausgebildet wird.« Weit über 100 000 Jugendliche finden jedes Jahr keinen Ausbildungsplatz. Viele von ihnen hätten eine Chance, wenn Ältere ihren Arbeitsplatz freimachen könnten. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Foto: Maurizio Gamberini / dpa / pa



Über 360 000 Menschen machten bei Warnstreiks und Protestaktionen mit, darunter auch viele junge Leute.



Foto: Ute Grabowsky/photothek.net

Auch in der Ausbildung ist Gleichbehandlung ein Thema.

Keine historische Wende

Zwei Jahre nach dem Ersten Integrationsgipfel ziehen DGB und Gewerkschaften eine erste – kritische – Zwischenbilanz.

Bei der Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft gibt es nach Einschätzung des Deutschen Gewerkschaftsbunds noch viele Mängel. Defizite sehen die Gewerkschaften in der Bildungspolitik, bei der Einbürgerung und bei der Gleichbehandlung von Migranten und Deutschen. IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode sagte, dass sich Integration vor allem auf dem Arbeitsmarkt entscheide. »Wenn Gewerkschaften Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung bekämpfen wollen, geht es künftig auch darum, den Fachkräftemangel, die demografische Entwicklung, ansteigende prekäre Arbeit sowie die Gestaltung von guter Arbeit stärker unter migra-

tionspolitischen Gesichtspunkten aufzugreifen.« Das Betriebsverfassungsgesetz und der IG Metall-Tarifvertrag Qualifizierung würden gute Ansatzpunkte bieten, die betriebliche Situation für Migranten zu verbessern.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte, der vor einem Jahr beschlossene Nationale Integrationsplan sei zwar ein wichtiger Schritt, aber keine historische Wende zur Einwanderungsgesellschaft. Auch sei von der Umsetzung der von Politik, Wirtschaft und Verbänden eingegangenen Selbstverpflichtungen »nach einem Jahr herzlich wenig zu sehen«.

Antonela.Pelivan@igmetall.de

► www.migration-online.de

Manager sollen 'was Gutes bieten für ihr Geld

Die Große Koalition will gegen ausufernde Managergehälter vorgehen. Bis 22. September soll eine Arbeitsgruppe Vorschläge machen. Was die SPD dazu vorgearbeitet hat, entspricht weitgehend dem, was IG Metall und DGB fordern.

Zum Beispiel: mehr Transparenz. In den Verträgen mit Managern sollen künftig alle Bestandteile der Vergütung genannt werden, auch Pensionen und Abfindungen. Der ganze Aufsichtsrat muss dem Vertrag zustimmen, nicht mehr nur ein Ausschuss. Der Verdienst soll im angemessenen Verhältnis

zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und zur Leistung des Vorstands stehen. Dabei soll ausdrücklich im Gesetz stehen, dass Führungskräfte auch zum Wohl der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit arbeiten sollen. Ihre Bezüge sollen zudem ein Anreiz sein, sich am langfristigen Wohl des Unternehmens zu orientieren.

»Nur« noch Jahresgehälter bis eine Million Euro sollen als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar sein – das allerdings lehnt die CDU bisher ab. Den Rest findet sie »durchaus bedenkenswert«. **syk**

Zeitdruck und zu wenig Geld

DGB-Index »Gute Arbeit« ist zum zweiten Mal erschienen.

Der berufliche Alltag vieler Menschen wird von Arbeits- und Zeitdruck geprägt. Nicht wenigen mangelt es an Perspektiven, Entwicklungschancen und einem ausreichenden Einkommen. So beschreiben viele Beschäftigte, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) befragt hatte, ihre Arbeit.

Nachdem der DGB im letzten Jahr seinen ersten Index »Gute Arbeit« veröffentlicht hatte, folgte in diesem Sommer die zweite Befragung. Zwar hat sich die Qualität der Arbeit leicht verbessert. Es gibt aber keinen Grund zur Entwarnung.

So bewerteten mehr Beschäftigte als im Vorjahr ihre Arbeit als gut. Ihr Anteil stieg um einen Prozentpunkt an. Insgesamt bildet diese Gruppe mit 13 Prozent aber noch immer eine Minderheit. Als mittelmäßig stuften 55 Prozent der Befragten ihre Arbeitsbedingungen ein. Auch hier stieg der Anteil um einen Prozentpunkt. Über schlechte Arbeit klagten dagegen 32 Prozent und damit zwei Prozent

weniger als im vergangenen Jahr. Anders fielen die Antworten allerdings bei Menschen aus, die nur einen befristeten Job haben, Leiharbeiter sind oder weniger als 2000 Euro im Monat verdienen. Von ihnen beurteilten rund 41 Prozent ihre Arbeit als schlecht.

Solche Arbeitsverhältnisse sind inzwischen eher die Regel. »Nur noch 47 Prozent arbeiten in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis, verdienen mindestens 2000 Euro im Monat und sind keine Leiharbeiter«, sagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer. Dieses extrem schlechte Ergebnis ist für Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, eine klare Botschaft an die Arbeitgeber: »Niedriglohn und Leiharbeit geben den Beschäftigten keine Perspektive.« ■

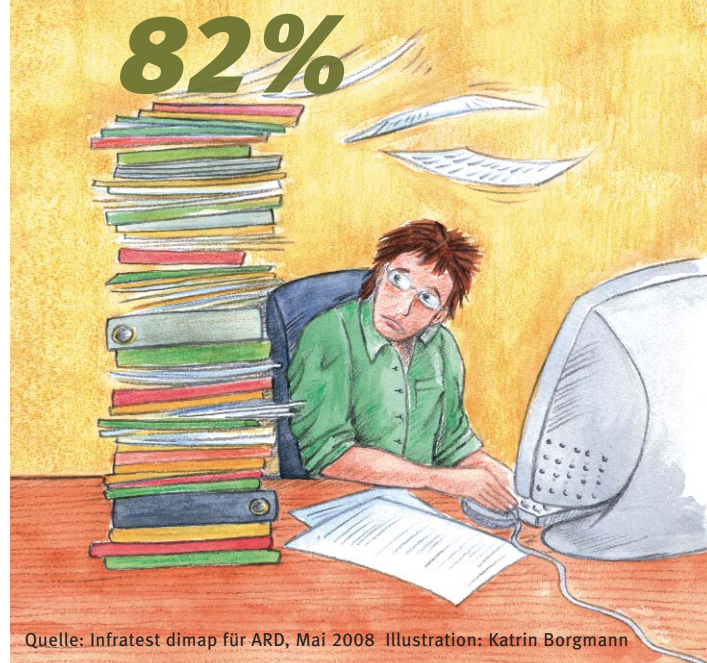
Fabienne.Melzer@igmetall.de

Die ausführlichen Ergebnisse des DGB-Index gibt es im Internet.

► www.dgb-index-gute-arbeit.de

DER DRUCK AM ARBEITSPLATZ STEIGT

Gut 82 Prozent der Menschen in Deutschland arbeiten heute unter schlechteren Bedingungen als noch vor ein paar Jahren.



Quelle: Infratest dimap für ARD, Mai 2008 Illustration: Katrin Borgmann

STELLENABBAU-PLÄNE BEI SIEMENS

Milliarden kassieren, Tausende feuern

Siemens hat überraschend angekündigt, bis 2010 weltweit 18 000 Stellen streichen zu wollen. Allein in Deutschland sollen 6450 raus – trotz bester Wirtschaftslage. Beschäftigte, Betriebsrat und IG Metall erfuhren davon erst aus den Medien.



Foto: Detlev Schilke/detlschilke.de

STELLENABBAU BEI SIEMENS

bis 2010

in Deutschland 6450

in den Bereichen:

Industrie	2500
Montageservice (SIMS)	1200
Energie	650
Medizintechnik	600
konzerneigene IT u.a.	1500

im Ausland 11500

in den Bereichen:

Industrie	3850
Energie	3300
Medizintechnik	2200
konzerneigene IT u. a.	2150

insgesamt 17 950

Auch im Gasturbinenbau ist die Zukunft bei Siemens unsicher.

Anfang Juli verkündete Siemens-Chef Peter Löscher der Presse: Siemens will in Vertrieb und Verwaltung 1,2 Milliarden Euro einsparen und dafür weltweit 18 000 Beschäftigte vor die Tür setzen.

Betriebsrat und IG Metall wussten bis dahin nichts davon. »Dabei hat Löscher uns mal versichert: »Niemand werden Sie über Personalabbau aus der Zeitung erfahren«, ärgert sich Michael Leppke von der IG Metall München.

Der Kahlschlag sei weder nachvollziehbar noch akzeptabel, meint der bayerische IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer. »Siemens steht gut da, die Auftragsbücher sind voll.«

Nach Platzen der Bombe fanden an allen Standorten Betriebsversammlungen statt. Auch für die Beschäftigten sind die Stellenabbaupläne völlig unverständlich, »phantasielos« und »von oben herab«. »Die Beschäftigten verstehen

einfach nicht, warum hochprofitable Bereiche wie etwa die Medizintechnik nicht mehr effizient sein sollen«, sagt Andrea Fehrmann vom Siemens-Team der IG Metall.

Gerade die Medizintechnik kommt kaum nach mit der Arbeit. »Die Zeitkonten laufen über. Wir wollten eigentlich einstellen«, berichtet Heinz Urban von der Vertrauenskörperleitung, und ergänzt: »Komisch. Die 1,2 Milliarden Einsparung decken ziem-

lich genau die bisherigen Kosten der Korruptionsaffäre.«

Das öffentliche Echo für Löscher und Co ist verheerend. Die Beschäftigten protestieren auf der Straße. Die Betriebsräte arbeiten an Alternativkonzepten. Sie wollen jeden abzubauenen Arbeitsplatz überprüfen und kämpfen. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Aktuelle Infos im Siemens-Dialog:

► www.dialog.igmetall.de

Nazi-Spuk in Schliersee verhindert

Aufgrund der Proteste des Schlierseer »Bündnis gegen rechtsextreme Umtriebe im Oberland« ist das dubiose »Annaberggedenken« neonazistischer Gruppen zum zweiten Mal in Folge ausgefallen.

Jahrelang hatten rechte Gruppen wie die Landsmannschaft der Oberschlesier auf dem Schlierseer Weinberg ihr Hohelied aufgefällene Freikorps-Schergen gesungen.

Die angeblichen Helden waren 1921 im Kampf um den polnischen Annaberg dabei und gehörten dem paramilitärischen »Freikorps Oberland« an.

Bei den jährlichen Gedenkfeiern im Mai tummelten sich NPD-Aktivist, Mitglieder der

Wiking-Jugend und Burschenschaftler. Meist erklangen alle drei Strophen des Deutschlandlieds. Nachdem das »Bündnis« gegen die Rechten – die IG Metall hat es mit initiiert – den Spuk im vergangenen Jahr verhindert hatte, trommelte dieses Jahr die rechtsextreme »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« zum »Gemeinschaftswochenende in Schliersee«.

Im Oberland gingen daraufhin die Alarmlampen an. Während

die Kommune Schliersee den »Weinberg« vorsorglich abspernte, organisierte das Bündnis ein »antifaschistisches Picknick« an den Zufahrten. Die IG Metall-Jugendbildungsstätte Schliersee organisierte ein Wochenendforum über »Rechtsextremismus und antifaschistische Arbeit«. Werner Hartl, der die Bildungsstätte leitet: »Solche Traditionspflege darf nicht widerstandslos hingenommen werden.« Der Nazispuk fiel danach aus.

Jetzt rüsten die Rechten offenbar gegen die IG Metall. So findet sich auf der Homepage ihres »Anti-Antifa-Netzes« im Oberland ein Porträt von Manfred Weidenfelder, bis Januar Lehrer an der IG Metall-Bildungsstätte. Er wird als »Rotfaschist« beschimpft.

Das Schlierseer Bündnis will seine Arbeit gegen die Rechten verstärken. Hartl: »Wir werden zeigen, dass sich das Rad der Geschichte vorwärts dreht.« **fra**

Datensammelwut stoppen

Angesichts der jüngsten Skandale fordern die Justiziarinnen und Justiziere der Gewerkschaften ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

Eine Offensive für mehr Datenschutz in Betrieben und Gesellschaft fordern die Justiziere und Justiziarinnen der DGB-Gewerkschaften. In einer gemeinsamen Erklärung rufen sie dazu auf, die Datensammelwut einzuschränken und den Missbrauch konsequent zu verfolgen. Das Thema hatte durch die jüngsten Skandale in Unternehmen und Verwaltungen an Brisanz gewonnen.

Die Justiziere und Justiziarinnen erinnern daran, dass das Bundesdatenschutzgesetz die Persönlichkeitsrechte der Bürger und Bürgerinnen schützen soll. Dabei setzt das Gesetz vor allem auf Datenvermeidung und -sparsamkeit. Die Vorgaben seien ziemlich eindeutig, die Kontrolle der Einhaltung jedoch fraglich, kritisieren die Justiziere.

Sie fordern, die Datenschutzkultur in den Betrieben zu ver-

bessern. Wenn Daten gespeichert werden, muss der Zweck eindeutig festgelegt und die Speicherung begrenzt werden. Das Ziel heißt: So wenig Daten erheben oder nutzen wie möglich. Hier seien auch Aufsichtsräte und Betriebsräte gefragt, den Umgang mit Daten stärker zu kontrollieren.

An die Politik geht die Forderung, endlich ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz zu schaffen. Außerdem müssten die Sanktionen bei Verstößen gegen den Datenschutz verschärft werden. Die jetzigen Höchststrafen reichen nach Ansicht der Justiziere nicht aus. »Es darf nicht sein, dass Unternehmen die Bußgelder aus der Portokasse zahlen können«, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der neun Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. **fam**



Daten werden fast überall erfasst, aber nicht immer gut geschützt.

Foto: Erwin Wodicka / bildmaschine.de

Junge Interviewer gesucht

IG Metall-Mitglieder fragen – Berthold Huber antwortet.

Was tut die IG Metall, damit junge Leute mehr Geld in der Tasche haben? Was haben Jüngere von der neuen Altersteilzeit? Gibt es auch für Berufseinsteiger sichere Arbeitsplätze?

Wir suchen drei junge Metallerinnen und Metaller, die unseren Ersten Vorsitzenden Berthold Huber zu aktuellen Themen befragen möchten. Wer mitmachen will und zwischen 16 und 27 Jahren alt

ist, soll sich bis zum 8. August per E-Mail an interview@igmetall.de melden.

Unter den Interessenten werden drei ausgelost und am 14. August in die IG Metall-Vorstandsverwaltung nach Frankfurt eingeladen. Dort werden sie den Ersten Vorsitzenden treffen und ihm ihre Fragen stellen. Das Interview wird dann in der September-Ausgabe der **metallzeitung** veröffentlicht.

WERBER DES MONATS

Bekommen oder verdienen?

Bei Robert Bosch Fahrzeugelektrik in Eisenach setzt sich Michael Lemm für die Belange von Leiharbeitnehmern ein.

Einen Leiharbeitnehmer hat Michael Lemm kürzlich für die IG Metall geworben. Wenn es nach ihm ginge, dürften es gerne mehr sein, die in die IG Metall eintreten. »Prinzipiell stimmen meine Leiharbeitskollegen mir zu, wenn es darum geht, in die Gewerkschaft einzutreten.« Aber letztlich scheiterte der Eintritt vieler Leiharbeiter am Geld.

Bei Bosch Fahrzeugtechnik in Eisenach gibt es rund 1700 Stammbeschäftigte und knapp 170 Leiharbeiter. Davon sind allein 50 in der Logistik eingesetzt, wo der Vertrauensmann Lemm als Packstoffversorger arbeitet. Eine Arbeit die lange Zeit ausgegliedert war und seit eineinhalb Jahren wieder von den Bosch-Beschäftigten erledigt wird. Bis heute werden dort viele Leiharbeiter eingesetzt, so dass Lemm weiß, wo den Kollegen der Schuh drückt – nämlich beim Geld: »Es kann doch nicht sein, dass Leiharbeiter in der Dreierschicht und am Wochenende arbeiten und dafür im Monat 1100 Euro bekommen, denn: Verdient hätten sie mehr«, ärgert sich Lemm.



Foto: Norman Meißner

Metaller Michael Lemm weiß, wo Leiharbeitnehmern der Schuh drückt.

Er hofft, dass bei Bosch bald vereinbart wird, dass Leiharbeiter für die gleiche Arbeit das gleiche Geld bekommen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr Infos – auch zur Truck-Tour:

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

DIE NÄCHSTEN STATIONEN

Am 2. August geht es in Halle weiter

- | | |
|--------------------------------|-------------------------------|
| → 2. August: Halle | → 20. August: Minden |
| → 4. August: Offenbach | → 21. bis 22. August: Homburg |
| → 5. August: Hanau | → 25. August: Mittelhessen |
| → 6. August: Bad Kreuznach | |
| → 7. bis 9. August: Nordhessen | |
| → 11. August: Koblenz | |
| → 12. bis 14. August: Eisenach | |
| → 15. August: Bezirk NRW | |
| → 17. August: Düren | |
| → 18. August: Essen | |
| → 19. August: Gütersloh | |



Wettbewerb

»Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«: Unter dem Motto schreibt die Otto Brenner-Stiftung (OBS) – die Stiftung der IG Metall – zum vierten Mal den Preis für kritischen Journalismus aus. Ziel des Wettbewerbs ist es, gesellschaftlich relevante Themen, die gemessen an ihrer Bedeutung nicht ausführlich genug behandelt werden, in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Teilnehmen und vorge schlagen werden können alle Journalisten, die in Hörfunk, Fernsehen, Druck- und Internet-Publikationen arbeiten. Einsendeschluss ist der **15. August**. Weitere Informationen zum Preis und Bewerbungsformulare gibt es unter:

► www.otto-brenner-preis.de

Fachkräftemangel Ost

Den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in Ostdeutschland droht in den kommenden Jahren ein massiver Fachkräftemangel. Das geht aus einer Studie der Otto Brenner-Stiftung hervor. Wenn der gegenwärtigen Entwicklung in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt nicht entgegengesteuert werde, komme es zu sozialen Verwerfungen in den Betrieben und zur Überalterung der Belegschaften. Im schlimmsten Fall sei die Schließung von Betrieben zu befürchten.

► www.otto-brenner-stiftung.de

Kfz-Lohndrücker droht

Der Opel-Vertragshändler Auto Gross in Bad Orb bezahlt seine Facharbeiter bis zu 1000 Euro unter Tarif. Als die Beschäftigten die Differenz mit Hilfe der IG Metall nun geltend gemacht haben, kam die Kündigung. Der Arbeitgeber droht mit Schließung. »Hier soll demonstriert werden, wer der Herr im Hause ist«, sagt Ferdinand Hareter von der IG Metall Hanau. Ähnliche Zustände herrschen auch an den anderen drei Standorten in Büdingen, Gelnhausen und Wächtersbach. »Als Kunde darf man solche Betriebe nicht unterstützen«, sagt Hareter.

INTERVIEW

»Kein Grund zur Panik vor der ›Gelben Gefahr‹ aus China«

Im August beginnen die Olympischen Spiele in Peking. Angesichts der Menschenrechtsverletzungen in China kritisierten viele die Entscheidung. Über die Lage der chinesischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften sprach **metallzeitung** mit Wolfgang Müller.

metallzeitung: Du hast zweieinhalb Jahre in China gelebt. Was stört dich am Chinabild in Deutschland am meisten?

Wolfgang Müller: Die Angst vor der ›gelben Gefahr‹, die hier sehr verbreitet ist. Gerade die Beschäftigten in ›unseren Branchen‹ haben große Angst vor China. Viele fürchten, dass unsere Arbeitsplätze dorthin abwandern. Aber das halte ich für ziemlich abwegig.

metallzeitung: Was macht dich da so sicher?

Müller: Das, was ich in chinesischen Fabriken sehe. Da stehen überall deutsche Maschinen und Anlagen. Man sieht dort sofort, warum die deutsche Wirtschaft Exportweltmeister ist. Chinas Turbo-Kapitalismus und der wachsende, aber sehr ungleich verteilte Wohlstand sind ein riesiges Konjunkturprogramm

speziell für die deutsche Industrie. Das gilt auch für Chinas Straßen: Überall sieht man VW, Audi und BMW. Qualifizierte Arbeitsplätze gehen nicht nach China. Konkurrent ist China bei einfachen angelernten Arbeiten, wie dem Nähen von T-Shirts oder der Montage von Elektronikteilen. Diese Arbeitsplätze sind bei uns aber schon vor 20 Jahren abgewandert.

metallzeitung: Die Konkurrenz beruht doch vor allem auf den schlechten Arbeitsbedingungen der Chinesen, die für wenig Geld endlos arbeiten?

Müller: In China sind Arbeitsbedingungen nicht gleich Arbeitsbedingungen. Es gibt einmal die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in den multinationalen Unternehmen oder in der Privatwirtschaft. Die sind recht gut. Und es gibt schlechte Arbeitsbe-

dingungen vor allem für Angelernte bei den kleinen Zulieferern, in der Elektronikfertigung, der Textil- und Spielwarenindustrie. Da gibt es die endlosen Arbeitstage und Hungerlöhne.

metallzeitung: Wer setzt sich für diese Menschen ein?

Müller: Die chinesische Staatsgewerkschaft war 30 Jahre lang dafür da, in Staats- oder Kollektivbetrieben Freizeiten zu organisieren oder Kinokarten zu verteilen. Nun soll sie plötzlich Arbeitnehmerinteressen in der Privatwirtschaft vertreten und durchsetzen. Sie haben es nicht gelernt. Wie auch? Wir sollten diesen Gewerkschaftern helfen. Wir können kein Interesse daran haben, dass diese Institution in einem so riesigen Land zerfällt.

metallzeitung: Ist es in China überhaupt möglich, Gewerk-



Foto: Reinhard Krause / Reuters

Produktion der Olympischen Maskottchen: Die Arbeitsbedingungen sind in China sehr unterschiedlich. Besonders schlecht ist die Lage der Beschäftigten in der Spielwarenindustrie.



Foto: Privat

ZUR PERSON

Wolfgang Müller arbeitet in der Bezirksleitung der IG Metall Bayern und ist unter anderem für die Schaeffler KG zuständig. Müller lebte zweieinhalb Jahre in China und besucht das Land jedes Jahr.

schaften zu verändern? Das ist doch gar nicht erwünscht.

Müller: Nein, das stimmt nicht. Es gab vor Jahren in den chinesischen Zeitungen eine lebhaftige Debatte darüber, dass die Gewerkschaften ihre Arbeit nicht richtig machen. Heute haben die chinesischen Gewerkschaften flächendeckende Beratungsstellen, etwa für Wanderarbeiter. China hat fortschrittliche Arbeits- und Sozialgesetze. Jetzt kommt es auf deren Umsetzung an. Es tut sich auch einiges. China hat die größte Arbeiterschaft, die meisten Arbeitskonflikte und die meisten Streiktage in der Welt. Zuletzt wurden offiziell fast 100 000 größere Arbeitskonflikte pro Jahr registriert. Bei den Löhnen und in der Gesetzgebung wirkt sich das schon aus.

metallzeitung: Die Olympischen Spiele in Peking sind sehr umstritten. Wie sehen die Chinesen das?

Müller: Olympia ist für viele Chinesen sehr wichtig, weil ihr Land damit weltweit an Bedeutung gewinnt. Viele können unsere Diskussionen hier nicht verstehen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Kleiner Hardliner will großen fressen

Der fränkische Wälzlagerhersteller Schaeffler strebt eine Beteiligung am Autozulieferer Conti an. Gegen diese Absicht des Familienunternehmens regt sich Widerstand.

Vor einer schleichenden feindlichen Übernahme des Autozulieferers Continental durch die Schaeffler-Gruppe haben die beiden IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine und Werner Neugebauer gewarnt. Meine bezweifelt auch, dass der »kleine« Konzern Schaeffler (weltweit 66 000 Beschäftigte) die Übernahme des »großen« Conti (151 654 Beschäftigte) angesichts der aktuellen Bedingungen auf dem Kapitalmarkt finanzieren kann. »Den Kauf kann die Familie wahrscheinlich nur schultern, wenn sie Continental zerschlägt und die Reifensparte verkauft«, vermutet er.

Zu der aktuellen Auseinandersetzung zwischen dem niedersächsischen Unternehmen Continental und der fränkischen Schaeffler-Gruppe erklärten Neugebauer, Bezirksleiter in Bayern, und Meine, Bezirksleiter in Niedersachsen und Aufsichtsratsmitglied bei Conti, gemeinsam: »Wir beurteilen Unternehmen und Entscheidungen von Arbeitgebern danach, ob die Interessen der Beschäftigten gewahrt werden, die Sicherheit der Arbeitsplätze gegeben ist, die Flächentarifver-

träge eingehalten werden und die Mitbestimmung im Aufsichtsrat gegeben ist.« Sowohl Conti-Chef Wennemer als auch der Vorsitzende der Schaeffler-Geschäftsleitung, Geißinger, hätten sich in der Vergangenheit als Hardliner gegenüber Belegschaften und Gewerkschaften hervorgetan. Aber während Conti ein mitbestimmtes Unternehmen ist, sei Schaeffler auch für die Beschäftigten und die Arbeitnehmervertreter völlig undurchschaubar.

Eine technologische und strategische Zusammenarbeit von Schaeffler und Continental könne allerdings grundsätzlich sinnvoll sein, sagen Meine und Neugebauer. In jedem Fall müsse die Schaeffler-Gruppe aber den Weg zur Unternehmensmitbestimmung gehen. Das stärke auch das Familienunternehmen.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der Ausgang des Übernahmekonflikts um Conti noch offen. ■

Werner Hoffmann



Foto: Peter Steffen / dpa / pa

In der Hauptverwaltung bei Conti in Hannover stoßen die Schaeffler-Pläne sowohl bei Belegschaften als auch beim Management auf starke Ablehnung.

PFLAUME DES MONATS

Ein Fuchspelz macht noch keinen Volksvertreter

Eine Pflaume für Michael Fuchs? Ist das nicht zu viel Ehre? Wer kennt den schon, werden viele fragen. Im Prinzip zu Recht. Doch der CDU-Bundestagsabgeordnete, Firmenchef und Ex-Vorsitzende diverser Handelsverbände nutzte die Gunst des Sommerlochs, um sich durch öffentliche Meinungsäußerungen bekannter zu machen. Als der Finanzminister kürzlich ankündigte, gut Verdienende stärker belasten zu wollen, schimpfte Fuchs, keine »Neiddebatte« anzuzetteln. Die Regierung solle sich das Geld da holen, wo »es unnütz ausgegeben wird«: bei



Foto: Karlheinz Schindler / dpa / pa

den Arbeitslosen. Arbeitsminister Scholz müsse »seinen Instrumentenkasten gründlich aufräumen«. Im übrigen findet Fuchs Monatsverdienste unter 800 Euro »nicht üppig, aber von Armut sind sie weit entfernt«. Konsequenterweise zieht er gegen Mindestlöhne auf Basis von DGB-Tarifen zu Felde. Wenn eine christliche Gewerkschaft doch »bessere« Lösungen findet, sei das doch »wunderbar«. »Unser Fuchs für Deutschland« nennt die CDU ihn. Womit kommen denn dann erst die CDU-Wölfe? **syk**



Arbeiter montieren bei Schönfeld in der Uckermark
Betonelemente für den Turm einer Windenergieanlage.
In Deutschland stehen rund 19 000 Windräder.

Foto: Michael Urban / ddp

ENERGIEKRISE

UMSTEIGEN, BEVOR ES WEH TUT



Die explodierenden Energiekosten führen allen Menschen in den Industriegesellschaften vor Augen, dass es so wie bisher nicht weitergeht. Es muss gespart werden. Eine Welt mit weniger Energieverschwendung ist auch machbar. Sagen die Experten. Langsam beginnt in der deutschen Wirtschaft ein Umdenkungsprozess. Energie sparen wird zum wichtigen Faktor im globalen Wettbewerb. Dabei geht es auch um die Zukunft von Millionen Arbeitsplätzen.

Foto: Getty Images

»Vor gut einem Jahr war das Thema Energiesparen in der Industrie noch ein Ladenhüter. Bei Vorträgen blieben die Reihen oft leer, manche Veranstaltung musste abgesagt werden«, berichtet Harald Bradke. Er ist Leiter des »Competence Centers Energiepolitik und Energiesysteme« beim Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI). Doch seit der Ölpreis von Woche zu Woche neue Rekorde erklimmt, wächst das Interesse der Unternehmen. Inzwischen sind die Plätze gut besetzt, wenn Experten über Energiesparmaßnahmen reden.

Offenbar entdecken inzwischen mehr Firmen, dass sich am Ausgabenposten Energie noch drehen lässt. Allein durch lecke Druckluftsysteme und ungeregelte Motorenantriebe werfen Unternehmen jährlich Milliarden Euro zum Fenster heraus. »Druckluftsysteme verbrauchen genauso viel Energie wie der gesamte Schienenverkehr«, sagt Bradke. Ein Drittel davon ließe sich einsparen. Wenn Unternehmen ihre Systeme prüfen und undichte Stellen abdichten würden, könnten im Schnitt 15 Prozent eingespart werden. Energiefresser stecken auch in unzähligen Motoren, die Bänder, Maschinen, Pumpen und andere Produktionsteile zum Laufen bringen. Sie arbeiten häufig mit ungeregeltem Antrieb. »Das ist, wie wenn ein Autofahrer nur Vollgas fährt und wenn er langsamer fahren will, die Handbremse anziehen muss«, erklärt Bradke. Rund 70 Prozent des Stromverbrauchs der Industrie gehen auf das Konto solcher Motoren. Wieviel sich sparen ließe, zeigt ein Beispiel bei Daimler. Der Autohersteller setzte beim Motor einer Pumpe einen Drehzahlregler ein. Seither braucht sie 63 Prozent weniger Energie.

Mit kleinen Verbesserungen lassen sich oft erstaunliche Effekte erzielen. Das stellte auch das Remscheider Unternehmen Dirostahl fest. Das Stahl-, Walz- und Hammerwerk investierte 25 000 Euro in sein EDV-System und konnte damit seine Energiekosten halbieren. Das errechnete die Effizienz-Agentur NRW, die das Unternehmen beraten hatte. Da das Remscheider Werk vor allem Einzelstücke und kleine Serien produziert, waren die Öfen früher oft nicht optimal ausgelastet. Das neue System fasst die Auftragseingänge so zusammen, dass die Öfen besser ausgelastet sind. Das spart nicht nur Energiekosten. Auch die Qualität hat sich verbessert. Für Uwe Vogt, Leiter der Allgemeinen Verwaltung bei Dirostahl, ist Energie immer ein Thema: »Bei unseren Energiekosten lohnt sich jedes halbe Prozent, das wir einsparen.«

Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen, in denen die Energiekosten weniger als ein Prozent ausmachen, fehlt das Interesse dagegen oft. Ein Fehler, findet Harald Bradke.

»In der Industrie liegt die Umsatzrendite zwischen ein und drei Prozent«, erklärt der Forscher. »Wenn ein Unternehmen 10 000 Euro Energiekosten spart, müsste es seinen Umsatz schon um 500 000 Euro steigern, um bei einer Umsatzrendite von zwei Prozent diesen Betrag einzunehmen.«

Dabei könnte Energieeffizienz in Zukunft für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen entscheidend sein, denkt Angelika Thomas, Umweltexpertin in der Wirtschaftsabteilung des IG Metall-Vorstands. »Unser Produktionssystem beruht darauf, dass ein Viertel der Menschheit drei Viertel der Ressourcen verbraucht. Das kann auf Dauer nicht funktionieren.« Thomas ist davon überzeugt, dass sich die Industrie auf effizientere Produktionstechnologien, Produkte und erneuerbare Energien umstellen kann. »Aber das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Jedenfalls nicht so schnell, wie sich der Ölpreis gerade verdoppelt.« Auch brauche es dazu ein neues Denken in vielen Unternehmen. Heute kümmere der Einkauf sich nur um die Frage,

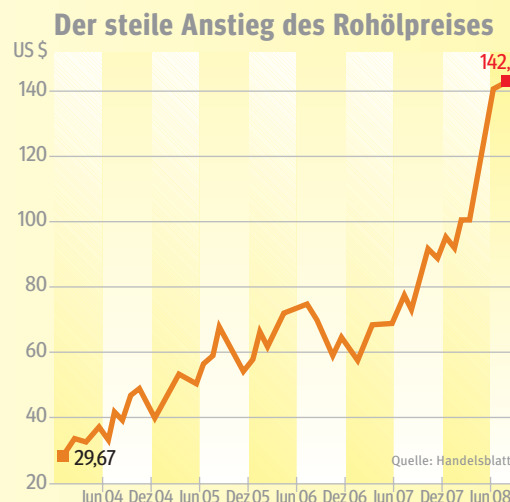
duziert der Bergbaulieferer Getriebe für Windkraftträder. Und je höher der Preis für Öl klettert, desto mehr steigt die Nachfrage nach alternativen Energien. Während die Aufträge im Bergbau stagnieren, wächst das Geschäft mit der Windkraft. Die alternative Energie rettete Eickhoff Ende der 90er Jahre aus einer tiefen Krise. Mit dem Bergbau war auch der Zulieferer in Bedrängnis geraten. »Wir haben einiges versucht«, sagt Denniger, »aber so richtig eingeschlagen hat nur die Windkraft.« Seither wächst das Unternehmen wieder, von 650 Beschäftigten Anfang 2000 auf heute 950.

Große Energiefresser sind die Aluminiumhütten. Um eine Tonne des Leichtmetalls – durch Elektrolyse – zu gewinnen, sind 14 000 Kilowattstunden Strom nötig. Das entspricht bei einem Liter Aluminium rund 3,8 Litern Heizöl. »Aluminium einzusetzen, ist nur verantwortlich, wenn man es recycelt«, sagt Peter Camin. Er ist im Betriebsrat bei Hydro Aluminium in Hamburg.

Der Vorteil von Alu ist: Es lässt sich beliebig oft wiederverwenden. Zum Einschmelzen ist



Opel-Projektingenieur Lothar Trost beobachtet einen Zafira, der mit einer Brennstoffzelle betrieben wird. Zurzeit sind bei der Suche nach alternativen Antriebssystemen auch Elektroautos im Blickpunkt.



was Teile kosten, aber nicht unbedingt darum, wieviel Energie sie verbrauchen. Auch werde in der Betriebswirtschaftslehre und im Ingenieurstudium das Thema Energieproduktivität noch immer stiefmütterlich behandelt. »Da müssten in der Ausbildung neue Schwerpunkte gesetzt werden. Bisher lernen unsere Betriebswirte vor allem Personalkosten rauf- und runterzurechnen.«

Steigende Preise an den Zapfsäulen treiben nicht jedem Tränen in die Augen. »Unser Chef freut sich, wenn die Spritpreise steigen«, sagt Heinrich Denniger schmunzelnd. Denniger ist Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Eickhoff in Bochum. Seit einigen Jahren pro-

zwar auch Energie erforderlich, nämlich Erdgas. Doch fürs Recyceln wird nur fünf Prozent der Energie gebraucht, die bei der Herstellung von neuem Alu eingesetzt werden muss. 70 bis 80 Prozent des Metalls, das die deutschen Aluminiumwerke verarbeiten, ist Alt-Aluminium. »Trotzdem lässt sich immer noch sehr viel verbessern«, sagt Camin. Auf Initiative der IG Metall wurde mit dem Bundesumweltministerium und dem Verband der Alu-Hersteller ein Projekt gestartet, in dem es darum geht, wie »Ressourcen«, also Rohstoffe und Energie, »effizienter«, das heißt vor allem: sparsamer, eingesetzt werden können. »Es gab immer schon Kollegen, die privat schauten, wo sie

Energiekosten sparen konnten, und auch Ideen für die Firma entwickelten. Früher, als die Energiekosten noch niedriger waren, wurden aber viele Initiativen abgegebügelt, erinnert sich Camin. Das soll jetzt anders werden. »Wir sind noch in der Phase, die Belegschaft dafür zu sensibilisieren.« Vor allem dafür, dass der Verarbeitungs»schrott« im Betrieb in die richtigen Boxen kommt. Alu wird meist legiert verwendet. Je besser die Almetalle nach ihren Legierungen sortiert werden, desto weniger neues Rein-Aluminium muss bei der Wiederverwertung hinzugegeben werden. Diese Zusammenhänge des Aluminiumkreislaufs sollen die Beschäftigten künftig in Schulungen lernen.

Aluminium spielt vor allem im Verkehr eine immer größere Rolle: bei Lastwagen, Pkw, Bussen, Bahnen und Tanks. Kaum ein Motor, der nicht aus Alu besteht. Das Metall wird als Ersatz für Stahl verwendet, weil es leichter ist. Wenn die Fahrzeuge weniger wiegen, brauchen sie weniger Sprit – auch das ist eine Energiesparmaßnahme.

Das nächste Auto steht unter Strom: Das jedenfalls verkünden zurzeit die Konzernchefs. »Die Zukunft gehört dem Elektroauto«, sagt VW-Chef Martin Winterkorn. In zwei Jahren sollen die ersten Modelle von Großserienherstellern auf den Markt rollen. Auch Manfred Schoch, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von BMW in München, ist überzeugt: »Angesichts des heutigen Ölpreises wird schon bald die Ära des Elektroautos beginnen. Wir stehen vor einem technologischen Quantensprung.« Dieses Jahr werde BMW der Öffentlichkeit ein Modell präsentieren.

Etwa die Hälfte der Berufstätigen hat einen Arbeitsweg von weniger als 20 Kilometern. »Die könnte man doch locker elektrisch fahren«, findet Schoch. Beim Elektromotor reichen die Tankfüllungen keine 300 bis 400 Kilometer, sondern etwa hundert. Für den »City-Flitzer« (Schoch) völlig ausreichend. Der »Sprit« aus der Steckdose macht unabhängig vom Öl. Aber umweltpolitisch ist er nur dann wirklich ein Gewinn, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien kommt und nicht der Atomlobby neue Vorwände liefert, die Atomenergie zu propagieren.

Manfred Schoch sorgt sich, dass das Management neue Entwicklungen nicht ernst genug nimmt und »traditionelle« Autohersteller wie BMW ihre Vorreiterrolle verlieren könnten. In der Vergangenheit wurde schon einiges entwickelt, um den Energieverbrauch zu senken: Leichtere Karosserien zum Beispiel. Aber was hier eingespart wurde, wurde durch zusätzliche Technik wieder vernichtet. »Betriebsräte und Gewerkschaften müssen massiv Druck machen und Innovationen einfordern«, sagt Schoch. Es geht immerhin um 750 000 Arbeitsplätze in Deutschland.

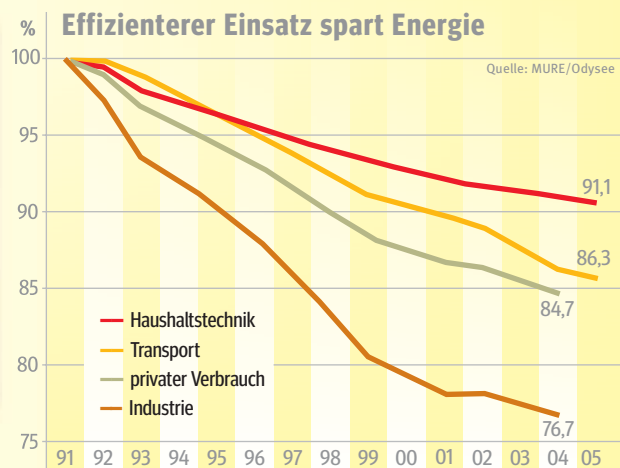


Moderne Produktionshalle in Chemnitz: Energie lässt sich nicht nur beim Produkt einsparen, sondern auch bei der Herstellung.

Foto: Wolfgang Thieme / dpa / pa



Foto: Miele



Ob im Verkehr, in der Industrie oder im Haushalt: Für die gleichen Aktivitäten wird immer weniger Energie benötigt. Vor allem die Industrie in Deutschland hat ihre »Energieeffizienz« verbessert. Sie brauchte 2004 über 20 Prozent weniger Energie als noch 1991.

Foto: Maurizio Gambarni / dpa / pa



Energie sparen geht nicht nur bei den Produkten. Auch die Herstellungsprozesse bieten große Potenziale. Beim Autokonzern Ford ist man schon seit längerem auf der Suche nach Alternativen zu fossilen Energien, in Produktion und Verwaltung. Das Werk in Köln wird schon komplett mit »grünem Strom« versorgt, aus Wasserkraft aus Skandinavien. Auch an anderen Standorten setzt das Unternehmen zunehmend auf Alternativen, wie Gerd Inden, zuständig für Energieeffizienz und Energieeinkauf bei Ford Europa, berichtet. So will Ford in England eine dritte Windturbine in Betrieb nehmen. Außerdem ist dort ein Kraftwerk geplant, das Hausabfälle in Gas umwandelt, mit dem dann Strom erzeugt wird. »Auch wenn uns das alles derzeit noch etwas mehr kostet: Es zeigt, wie wichtig wir das Thema Emissionsminderung und Ressourcenschonung nehmen. In Zukunft könnte natürlich auch ein Sparfaktor darin bestehen, aber das ist schwierig abzu- sehen.«

Geringer Energieverbrauch wird zum immer gewichtigeren Verkaufsargument, je mehr die Energiepreise in die Höhe schnellen. Etwa ein Viertel des Stroms verbrauchen die Bundesbürger zu Hause: rund 141 Milliarden Kilowattstunden. Schon jetzt könnten sie acht Milliarden davon einsparen, wenn sie Kühl- und Gefrierschränke der Energieeffizienzklasse A++ verwenden. Das behauptet die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). A steht für niedrigen Verbrauch. Die Europäische Union hat Elektrogeräte in die Klassen A bis G (hoher Verbrauch) eingeordnet. Für Produkte, die im Schnitt noch 25 oder 45 Prozent weniger als in der Klasse A verbrauchen, wurden 2004 die neuen Klassen A+ und A++ eingeführt. Das Unternehmen Bosch Siemens Hausgeräte (BSH) rühmt sich, den Stromverbrauch seiner Kühlschränke seit 1990 um bis zu 79 Prozent verringert zu haben und den seiner Elektroherde, Waschmaschinen und Geschirrspüler um bis zu 40 Prozent. 30 Prozent der BSH-Kühlschränke und 47 Prozent der Gefrierschränke seien Geräte der Klassen A+ und A++. Das Ende der Fahnenstange bei den Haushaltsgeräten ist aber längst nicht erreicht.

»Der steigende Ölpreis hat auch seine guten Seiten«, sagt ISI-Forscher Harald Bradke. Viele Produktionsanlagen, die jetzt in China gebaut werden, seien auf dem neuesten Stand der Technik – und arbeiteten Energie schonend. »Da dürfen wir uns nicht auf unserer Technik ausruhen. Viele reagieren eben erst, wenn es wehtut.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de
Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

INTERVIEW MIT HERMANN SCHEER

Atomare Milchmädchenrechnung

Steigende Energiepreise sind für die Atombefürworter in Politik und Wirtschaft ein willkommener Vorwand, um die Atomenergie wieder als Alternative salonfähig zu machen. Sie ist aber keine, sagt Energiexperte Hermann Scheer.

metallzeitung: Sie sind entschieden für den Ausstieg aus der Atomenergie. Warum?

Hermann Scheer: Es gibt keine sichere Entsorgung. Wir würden Unmengen Atommüll für hunderttausende Jahre hinterlassen und mit den ungelösten Problemen künftige Generationen belasten. Das ist verantwortungslos. Hinzu kommt die Gefahr terroristischer Anschläge – neben den normalen Unfallgefahren. Atomenergie ist eine sehr störanfällige Technologie. Man muss sich nur einmal ausmalen, was passiert wäre, wenn die Tschernobyl-Katastrophe in einem so dicht besiedelten Land wie Deutschland passiert wäre. Der Tschernobyl-Reaktor war vor dem Unfall in atomtechnischen Fachzeitschriften als besonders sicher gefeiert worden.

metallzeitung: Die Atombefürworter argumentieren gern mit dem Klima-Argument: Atomenergie setze weniger CO₂ frei als andere Energiearten, sagen sie.

Scheer: Bei diesen Rechnungen werden nur die CO₂-Emissionen betrachtet, die direkt vom Kraftwerk ausgehen, nicht die ganze Energiekette. Diese reicht bei der Atomenergie vom Abbau und Herausfiltern des Urans, dem Transport, der Anreicherung, Stromproduktion und Transport und Verteilung des Stroms. Da entstehen jedes Mal Energieaufwand und -verluste, über die keine zuverlässigen Daten vorliegen. Ein nicht zu unterschätzendes Problem ist auch der Wasserverbrauch: Für eine Kilowattstunde werden 3,2 Liter Wasser verbraucht.

metallzeitung: Macht Atomstrom die Energie nicht billiger?

Scheer: Die Energiekonzerne haben sich zunehmend in die Rolle von Monopolanbietern gebracht, die die Preise diktieren können. Dass Atomstrom noch relativ billig ist, ist die Folge von Subventionen riesigen Ausmaßes. Die AKW-Betreiber haben bis zum Ende der Laufzeit steuerfreie Gewinne in Höhe der Entsorgungsrückstellungen. Und sie sind weitgehend von Haftpflichtversicherungspflichten freigestellt. Je mehr wir uns der Erschöpfung der Rohstoffe nähern – auch die Uranvorkommen sind ja begrenzt –, desto stärker kommt es auch bei den transnationalen Primärenergie lieferanten zur Mo-

nopolisierung. Dadurch gewinnen die Anbieter Spielräume für Preiserhöhungen. Die einzige Chance, sich künftiger Preisdiktate zu erwehren, ist der Wechsel zu dezentralen »heimischen« erneuerbaren Energien.

metallzeitung: Atombefürworter sagen, es dauert zu lange, bis genug erneuerbare Energie vorhanden ist.

Scheer: Das ist die größte Energielüge. Nichts ist schneller installierbar als dezentrale Windenergie- oder Solaranlagen. Erneuerbare Energie ist zeitlich unbegrenzt verfügbar und kostet als »Brennstoff« nichts. Es gibt – außer bei Bioenergie – nur noch Technikkosten, die bei Massenproduktion aber sinken. Dabei geht es auch um neue industrielle Arbeitsplätze. Die Umstellung sollte durch mehr Energieeinsparung und effizienteren Einsatz von Energie ergänzt werden.

metallzeitung: Die Arbeit der Atomlobby scheint erfolgreich. Die Front der Gegner bröckelt – in den Unionsparteien und in der Bevölkerung. Sind Sie sicher, dass die SPD bei ihrem Nein bleiben wird?

Scheer: Davon gehe ich aus.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



Foto: dpa / pa

ZUR PERSON

Hermann Scheer, 64, SPD-Vorstandsmitglied, seit 1980 im Bundestag, vorher Wissenschaftler am Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Mehr Informationen und Links unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

PHOTOVOLTAIK

Mit Sonnenstrom gegen die »Lobbykratie«

Wie Metaller Klaus Schweim aus Bergneustadt seine Stromrechnung verringert



»Achtung, den Rückspiegel einklappen.« Behtsam rollt der alte Honda aus der Garage, knapp an gestapelten Metallrohren vorbei. Ein Triathlon-Pepper auf dem Kofferraum-Deckel signalisiert, dass der Fahrer sportlich sein muss. Das stimmt auch – Metaller Klaus Schweim startet demnächst beim Inliner-Marathon am Mittelrhein. Für die Strecke wird er gut zwei Stunden brauchen. »Das geht in die Knochen«, ahnt der Ingenieur für Energietechnik. Demnächst wird er 70 Jahre alt.

»Schauen Sie mal«, sagt Klaus Schweim und strahlt. Weit ausholend zeigt er auf ein gelbgetünchtes Reiheneckhaus – das Heim von Schweim und seiner Ehefrau. Die warme Farbe hebt es von den Nachbarhäusern ab, und die Giebelseite ist mit Efeu berankt. Aber der wirkliche Unterschied thront oben auf dem Dach: Sechs Photovoltaik (PV)-Doppelmodule recken sich an Metallständern gierig in den Himmel. Schweim lacht über das ganze Gesicht. »Unsere nachgeführte Anlage«, freut er sich, »sie stellt ihr Gesicht immer in die Sonne.«

Wie akribisch der Ingenieur sein Reihenhäuschen aufgerüstet hat. Der Energieverbrauch sackte fast auf ein Zehntel ab. »Anfangs ging es mir um die Ideologie«, gibt er zu. Aber inzwischen rechnet er auch.

»Kommen Sie mal«, drängt Schweim und öffnet die Werkstatt im Keller. Der Raum ist so eine Art Kontrollzentrum. An einem Pfosten blinken von zwei elektronischen Messgeräten rote Leuchtziffern. Ein Druck auf einen Knopf und schon tauchen neue Zahlen

auf. »Ich messe jeden Tag Erträge und Temperaturen, jeweils 21 Messwerte«. Die Daten trägt er in ein Ringheft ein, seit 14 Jahren. Die Ecken sind längst umgeknickt, aber Schweim kann exakt belegen, wie viel Strom er bisher »geerntet« hat: rund 22 000 Kilowattstunden. Und wie viel hat er dafür investiert?

Bei der Frage ist Schweim sofort hellwach. Schimmert da die Propaganda der »Lobbykratie« schon wieder durch, die Photovoltaik-Anlagen als unwirtschaftlich hinstellt? Schweim holt erst mal ganz tief Luft, und dann sprudeln die Zahlen nur so hervor. »Früher haben wir jährlich 5200 Kubikmeter Gas verbraucht, einschließlich der Wassererwärmung, jetzt sind es nur noch 680. In zehn bis zwölf Jahren haben sich unsere 12 000 investierten Euro für die PV-Anlage bezahlt gemacht.« Dabei haben die Energiekonzerne bis zum Jahre 2000 nur Pfennigbeträge für den eingespeisten Solarstrom bezahlt. »Das waren damals 17 Pfennig je Kilowattstunde«, weiß Schweim noch genau. Dann kam das »Erneuerbare Energiengesetz« (EEG, siehe Kasten).



Es bringt Schweim heute für solar produzierten Strom 47 Cent pro Kilowattstunde. Garantiert.

Dass sich dieses Geld für eigens produzierten Sonnenstrom immer noch so viele entgehen lassen, macht den Bergneustädter Ingenieur richtig wütend. Dabei hat er als ehrenamtlicher Energieberater der Stadt schon manches bewirkt. Überall in der Stadt finden sich seine Spuren. »Sehen Sie die Tankstelle, das Flachdach? Voll mit PV-Modulen. Habe ich mit dem Besitzer organisiert.« Sekunden später das nächste Objekt. »Hier, dieser Handwerksbe-

DAS ERNEUERBARE ENERGIEN-GESETZ (EEG)

Das EEG, im Jahre 2000 beschlossen, garantiert für Strom aus erneuerbaren Energien feste Vergütungssätze. Sie ermöglichen es, Öko-Strom wirtschaftlich zu produzieren. Da Photovoltaikanlagen aufgrund zunehmender Bestellungen immer preiswerter produziert werden können, wird der Einspeise-Preis jährlich um fünf Prozent abgeschmolzen, nach der im Juni aktualisierten Gesetzesfassung um acht bis elf Prozent. Mit dem EEG ist der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen von fünf auf 15 Prozent gestiegen – in nur acht Jahren.



Fotos: Matthias Jung

Schweims und seine nachgeführte Anlage. Sie erhöht die »Ernte« noch einmal um 30 Prozent.

trieb.« Der Firmenchef hat sich von Schweim erst vorrechnen lassen, wie lohnend Photovoltaikzellen sind. Jetzt montiert er sie selbst. »Er beschäftigt zwölf Leute und kommt mit den Aufträgen nicht hinterher«, berichtet Schweim.

Ist das nicht toll? »Bei 25 000 Einwohnern«, ruft der Metaller empört, »das reicht doch nicht, die Zeit drängt ja.« Schweim weist in den dunstigen Himmel, der einst viel blauer gewesen sein soll. »Wir haben die Technik, fossile Energieträger zu ersetzen. Aber die Lobbykratie sieht ihre Felle davonschwimmen und blockiert.« Die großen Energiekonzerne RWE, Eon, Vattenfall und EnBW sind gemeint.

Womöglich, argwöhnt der Metaller-Ingenieur, haben die unsäglichen »Lobbykraten« auch die Berliner Regierung infiziert. Warum sonst denkt sie mitten in der Klimawende darüber nach, die garantierten Einspeisevergütungen für Solarstrom drastisch zu senken? Plötzlich zieht Schweim einen Aktenordner aus dem Regal und liest aus einem Brief, den er an 29 Berliner Bundestagsabgeordnete geschrieben hat. »Wenn der Klimawandel Fakt ist, müssen besonders im dezentralen Bereich die Fördermöglichkeiten verbessert, statt abgesenkt werden«. Nur zehn Abgeordnete haben geantwortet.

»Kommen Sie«, drängt Schweim und öffnet die Luke zum Dachgeschoss. »Hier geht's zur wichtigsten Einrichtung im ganzen Haus.« Dort oben hat er den Antrieb für die nachgeführten Photozellen installiert: Ein Motor aus einer alten Quelle-Waschmaschi-

ne. Er treibt ein Schneckengetriebe an, das die Module auf dem Dach immer in die Sonne dreht. Die Impulse dafür kommen von Relais, die an eine Zeitschaltuhr gekoppelt sind.

Im Winter, wenn die Sonne flacher steht, springt der Motor fünf mal täglich an, im Herbst und Frühjahr sieben mal und im Sommer neun mal. Die Daten dafür stammen von einem »Sonnenstandsdiagramm« – erstellt vom »Lobbykraten« RWE. »Klick«, macht es da gerade. Ganze zwei Sekunden summt der Waschmaschinen-Motor. Alle sechs Doppel-Module haben sich gerade um 30 Grad gedreht. Schweims Augen lachen da wieder, und der Ärger ist weg. »Mit diesem Motor fällt die Ernte noch einmal um 30 Prozent höher aus.«

»Sind Sie schwindelfrei?« Behend klettert der 70-Jährige über eine Holzleiter aufs Dach. Da recken sich Schweims Prunkstücke, auf gewiehartigen Metallbügeln montiert. Die Metallständer waren früher mal Ford-Fiesta-Autoachsen. Eine umlaufende Kette und die Antriebe mit jeweils 48 Zähnen stammen von Fahrrädern. »Alles von Schrottplätzen geholt«, sagt Schweim. Und selbst montiert. Die rostfreien Verbindungsstreben zwischen den Modulen kommen aus den Resten von Schweims früherem Arbeitgeber Steinmüller, Gummersbach. In der Firma wurden früher Wärmetauscher für atomtechnische Anlagen gebaut. Symbolisch fast, dass sie längst nicht mehr existiert. Und der ehemalige Projekt-Ingenieur von den alten Beständen profitiert

– für Strom aus Photovoltaik-Zellen. »Vergleichen Sie mal die Wände der Reihenhäuser«, fordert Schweim. Tatsächlich, die Außenwände seines Hauses sind fast doppelt so dick wie die der Nachbarn. Schweims zusätzliche und selbst montierte Isolierung macht den Unterschied. Die Styroporschicht aus eingesammelten Restbeständen ist 20 Zentimeter dick. Sie ist in Bretter von alten Betten gepresst und mit Eternitplatten abgedeckt. Der Ingenieur für Energietechnik beschreibt die Wirkung so: »Die Ug-Zahl (1) der Wände lag früher etwa bei 1,5; nach der Wärmedämmung sind es 0,15.« Kein Wunder, dass der Energieverbrauch abgesackt ist.

Aus den Efeu-Pflanzen vor der Außenwand sind längst dicke Stämme geworden. In der Hecke nisten Amseln. »Wenn man den Willen hat, schafft man vieles,« sagt der Ingenieur und lehnt sich in seinem Sessel zurück. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

1) Wärmedurchgangskoeffizient. Er gibt die Energiemenge in Joule an, die je Sekunde durch eine Fläche von einem Quadratmeter fließt, wenn sich die anliegenden Temperaturen um ein Kelvin unterscheiden.



Die Photovoltaik-Zellen im Wintergartendach ersparen einen Sonnenschutz.

DER LESER HAT DAS WORT

Energieverbrauch senken**metallzeitung 7/2008, Aktuell,****»Die Pendler entlasten«**

»Ich kann nicht glauben, dass sich die IG Metall für die Pendlerpauschale einsetzt. Damit begibt sie sich aus meiner Sicht auf das Niveau der CSU herab, auch wenn ihr Konzept ein wenig anders aussieht. Die Zeichen der Zeit sagen, dass wir unseren Energieverbrauch senken müssen. Wir müssen Sparsamkeit belohnen und Verschwendung teuer machen.«

Jörn Naber, Berlin**Demotivierte Arbeiter****metallzeitung 7/2008, Aktuell,****»Die Deutschen sind nicht arbeitssüchtig«**

»Ich kann nur bestätigen, dass ich mich nach Überstunden nicht gerade sehne, seit mein Arbeitgeber aus dem Verband ausgetreten ist, um nicht länger am Lohnstarifvertrag gebunden zu sein. Ich arbeite grundsätzlich länger, um einen einigermaßen normalen Haushalt führen zu können. Da wundert sich die Chefetage, warum Arbeiter demotiviert sind: Kaum Freizeit, schlechte Laune nach Feierabend und Verlust sozialer Kontakte – das kann es doch nicht sein!«

Stefan Mördel, per E-Mail**Absolutes Tabu****metallzeitung 7/2008, Aktuell,****»IG Metall ist für ein Verbot der NPD«**

»Ich bin aus voller Überzeugung IG Metall-Mitglied. Aber ich bin auch voller Überzeugung, dass es nicht Aufgabe der Gewerkschaften ist, Parteiverbote zu fordern. Auch als Mitglied und Linkswähler bin ich der Meinung, ein Verbot ist falsch und macht die Neonazis nur noch stärker.«

Ric Stüber, per E-Mail

»Ich bin entsetzt darüber, dass Berthold Huber für das Verbot einer politischen Partei plädiert. Für mich ist das ein absolutes Tabu – auch wenn es um die NPD geht. Natürlich müsste gegen das inakzeptable Verhalten der Polizei in Bamberg vorgegangen werden.

Ansonsten muss man die politischen Aussagen der NPD anprangern. Für strafrechtlich Relevantes gibt es auch noch ein Strafgesetzbuch, mit dem man gegen NPD-Mitglieder vorgehen soll. Das Allerwichtigste aber ist: Politiker und Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass die Ursachen beseitigt werden, die einer solch üblen Partei Auftrieb geben. Die derzeitige Politik der Großen Koalition dürfte dazu allerdings kaum in der Lage sein.«

Günter Klepser, Ammerbuch**Alltagsrassismus****metallzeitung 7/2008, Aktuell,****»Studie: Ausländerfeindlichkeit weit verbreitet«**

»Ich arbeite seit Jahren ehrenamtlich im Migrationsbereich. Was ich täglich an Diffamierungen unserer »Migranten« erlebe, ist schon Alltagsrassismus.«

Theodor Bleja, Castrop-Rauxel

»Etwa fünf Prozent der Wahlberechtigten haben in Sachsen die

NPD gewählt. Über 54 Prozent haben gar nicht gewählt. Haben die Nichtwähler nie darüber nachgedacht, dass sie eine Verantwortung haben. Eine lebendige Demokratie ist auf die aktive Mitarbeit der Bürger angewiesen.«

Martin Stockert, Gütersloh**Wo war die Schutzbrille?****metallzeitung 7/2008, Leben,****»Leserfoto des Monats«**

»Beim Leserfoto sind mir zwei Fehler aufgefallen. Erstens: Der Arbeiter trägt – wie von der

Berufsgenossenschaft vorgeschrieben – keine Schutzbrille und keine feuerfesten Gamaschen. Zweitens: Dass euch dies nicht aufgefallen ist, denn sonst hättet ihr darauf hingewiesen.«

Günter Bamberg, Duisburg

»Da müht man sich ein Berufsleben lang, damit die Kollegen unter anderem eine Schutzbrille beim Schleifen tragen und dann dieses Bild. Ich bin entsetzt.«

Peter Wernecke, per E-Mail**MITMACHEN****SAGT UNS EURE MEINUNG**

Die Redaktion freut sich über Briefe. Vor allem über kurze, damit wir zu möglichst vielen Themen die Meinung unserer Leser abdrucken können. Schreibt entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbrief, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Auch unsere Hotline ist wieder besetzt. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS



Künstler in diesem Monat ist Dieter Schönberg aus Grebendorf. Er ist Betriebsratsvorsitzender der Firma Präwema Antriebstechnik in Eschwege. »In meiner Freizeit widme ich mich der Kunst. Das Bild habe ich 2005 gemalt. Es zeigt einen Kollegen bei der Arbeit an einer konventionellen Drehbank. Die hohen Temperaturen beim Drehen ließen das Werkstück in verschiedenen Farbtönen leuchten«, beschreibt Schönberg das Motiv, das unter dem Thema »Alte Berufe« entstanden ist.

MITMACHEN**FOTOWETTBEWERB DER IG METALL**

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis eine Otto-Brenner-Biografie in drei Bänden.

Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI STEFANIE SIEGMUND

Stark – die »eiserne Lady« aus Berlin

3,8 Kilometer Schwimmen, 180 Kilometer Fahrradfahren und anschließend ein Marathonlauf über 42 Kilometer. Wer nur eine dieser Disziplinen absolviert, verdient Respekt. Triathleten schaffen das alles hintereinander an einem Tag – und verdienen sich damit den Titel »Ironman«. Stefanie Siegmund, Metallerin und Betriebsrätin aus Berlin, ist so eine »Eiserne«.

»Ironman«-Europameisterschaften Anfang Juli in Frankfurt am Main: 2300 Triathleten waren am Start, viele zum ersten Mal. Stefanie Siegmund lief schon zum zweiten Mal durchs Ziel, als eine der wenigen Frauen überhaupt. Vier Mal lief sie am neuen IG Metall-Haus vorbei. »Das hat mich sehr berührt«, sagt sie. Im Wettkampf fiel sie doppelt auf: Durch ihren Sportanzug mit IG Metall-Emblem und durch ihr frisches Aussehen. Sie war nach all den Strapazen immer noch fit.

»Alles eine Frage des richtigen Trainings«, sagt die 32-jährige Amateursportlerin bescheiden und setzt hinzu: »Das Spannende am Ironman ist, dass du vorher nicht weißt, ob du am Ende wirklich gesund ankommst. Unterwegs kann viel passieren.«

Warum tut sie sich das an? »Weil es einfach gut für mich ist, weil es Spaß macht«, sagt sie lächelnd. Ihr Geld verdient sie als Projektierungsingenieurin bei Converteam Berlin. Als sie dort vor Jahren ihre Ausbildung begann, war das noch ein AEG-Betrieb.

Hier im Süden Berlins projiziert sie Umrichter aller Art für Motor- oder Getriebeprüfstände in der Autoindustrie. »Wir beliefern alles, was Rang und Namen hat«, sagt Stefanie stolz. Nach ihrem Tagewerk investiert sie mindestens 15 Stunden wöchentlich in ihre Leidenschaft Triathlon: Zweimal Schwimmen, zwei- bis dreimal Radfahren, zwei- bis dreimal Laufen. »Ich habe praktisch nie Urlaub«, sagt Stefanie und strahlt. Klar fährt sie auf Ferieninseln wie Mallorca, aber ins Trainingslager. 1000 Kilometer Fahrradfahren standen dort allein in diesem Frühling auf dem Programm. »Normal«, sagt Stefanie, und wie-



Stefanie Siegmund ist die »eiserne Lady« aus Berlin: Triathletin, Betriebsrätin und Projektierungsingenieurin.

Jede Menge Mut – den kann man immer gebrauchen

Mut, Willensstärke und Stehvermögen – was Triathlon den Sportlern abverlangt, ist auch sonst im Leben nützlich, weiß Stefanie Siegmund. Die 32-jährige Projektierungsingenieurin ist ledig und hat keine Kinder.

der blitzen ihre Augen. Training ist ein gutes Stichwort: Sie weiß, sie könnte in der Triathleten-Gemeinschaft sehr viel weiter vorn stehen, wenn sie nicht so viel arbeiten würde. Profis verdienen Preisgelder, haben Sponsoren und können ihre Talente voll entwickeln. Stefanie dagegen zahlt drauf, denn jeder Start kostet Gebühren, und kein Trainer kann für Gotteslohn arbeiten. »Ich bin sehr froh, dass mich die IG Metall Berlin seit einiger Zeit sponsert und ein wenig unterstützt«, sagt sie. Stolz trägt sie bei allen Wettkämpfen diesen schicken Anzug mit dem rot-weißen Logo und zeigt: Hier läuft eine Metallerin – etwas Besonderes im Wettkampfbetrieb. »Einen kommerziellen Aufdruck zu tragen, könnte ich mir nicht vorstellen«, sagt sie.

Sie ist keine von den Lauten, auch nicht als Betriebsratsmitglied oder im Betriebsausschuss. Doch Stellung beziehen und mit Ausdauer und Konsequenz Interessen vertreten – das ist ihre Sache. Seit sechs Jahren, nunmehr in der zweiten Wahlperiode. »Wer das zum ersten Mal macht, hat Angst. Wer das zweite Mal antritt, hat Mut.« Dieser Spruch der Triathleten passt ein wenig auch für die Arbeit der Betriebsräte, findet Stefanie. Sie engagiert sich mit viel Herzblut: »Immer noch, auch wenn ich die Welt nicht so verändern konnte, wie ich einmal dachte.« Ab Herbst kniet sie sich dann noch stärker rein: Stefanie Siegmund will Referentin für die Bildungsarbeit der IG Metall werden. Keine Frage: Auch das wird sie schaffen. Sie hat einen langen Atem. ■

Marlis.Dahne@igmetall.de

Mehr Informationen

► www.igmetall.de/metallzeitung

RECHT SO

Gibt es Arbeitslosengeld I bei Verlust des Zweitjobs?

metallzeitung: Immer mehr Menschen können von einem einzigen Arbeitsverhältnis nicht mehr leben. Sie müssen Zweit- oder sogar Drittjobs annehmen. Wenn nun einer ihrer Teilzeit-Arbeitsplätze wegfällt: Zahlt ihnen die Agentur für Arbeit dann zusätzlich zum verbliebenen Einkommen Arbeitslosengeld I?

Carsten Schuld: Ja, obwohl dies vielen nicht bekannt ist, zahlt die Agentur für Arbeit unter Umständen Teilzeitarbeitslosengeld (Teil-ALG). Voraussetzung ist, dass zwei oder mehr versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bestanden und eines davon verloren wurde. Der Zweit-Job muss in den letzten zwei Jahren wenigstens zwölf Monate lang ausgeübt worden sein. Es darf sich nicht um ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis für weniger als 400 Euro handeln. Dieses ist nicht versicherungspflichtig und begründet keinen Anspruch auf Teil-ALG.

Das Teil-ALG wird für höchstens sechs Monate gezahlt und zwar neben dem Einkommen aus dem weiter bestehenden Teilzeitjob. Berechnungsbasis ist das Nettoentgelt für die verlorene Tätigkeit. Eine weitere Beschäftigung kann neben dem Teil-ALG nur ausgeübt werden, wenn sie nicht mehr als fünf Wochenstunden umfasst und nicht länger als zwei Wochen dauert. Sonst erlischt der Anspruch auf das Teil-ALG. Fällt die Tätigkeit weg, kann das Teil-ALG aber neu beantragt werden.

Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz, beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Im Übrigen gelten die gleichen Regeln wie für das normale ALG. Der Betroffene muss sich unverzüglich bei der Agentur für Arbeit melden, wenn er weiß, dass er den Zweitjob verlieren wird. Bei einem befristeten Arbeitsverhältnis muss dies spätestens drei Monate vor Ende erfolgen. Wer Teil-ALG erhält, muss sich weiter um einen Nebenjob bemühen und für die Vermittlung oder Eingliederungsmaßnahmen bereit stehen.

Teilzeitbeschäftigte sollten daher unbedingt alle Tätigkeiten versicherungspflichtig und ordnungsgemäß melden. Und sie sollten auf einer ordnungsgemäßen Abrechnung und auf das Einhalten der Kündigungsfristen bestehen. Bei Fragen oder Problemen mit dem Arbeitgeber oder der Arbeitsagentur hilft die nächste IG Metall-Verwaltungsstelle.



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE

Nur für Mitglieder gibt

Streiks sind das äußerste Mittel, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen. Organisierte Beschäftigte, die am Streik teilnehmen, sind durch ihre Mitgliedschaft finanziell abgesichert.

Wesentliches Mittel eines Arbeitskampfes ist der Streik. Bevor die IG Metall zu einem Streik aufruft, werden alle Möglichkeiten, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen, ausgeschöpft. Ohne Druck und betriebliche Aktionen sowie Warnstreiks während einer Tarifaufeinanderfassung waren bisher keine Tarifiergebnisse möglich. Beschäftigte haben das Recht, sich an einem gewerkschaftlichen Streik zu beteiligen. Das gilt auch für Auszubildende. Wer sich an einem Streik beteiligt, hat keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Darum erhalten Mitglieder der IG Metall eine finanzielle Unterstützung.

Paragraf 23 der Satzung

Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt nach Paragraf 23 der IG Metall-Satzung. Danach erhalten Organisierte eine Unterstützung, wenn sie vor Beginn des Streiks mindestens drei Monate Mitglied waren und in dieser Zeit satzungsgemäße Beiträge gezahlt haben. Auf Streikgeld müssen keine Steuern gezahlt werden.

Streikunterstützung

Die Höhe des Streikgelds kann von Person zu Person variieren. Denn es richtet sich nach den monatlich gezahlten Mitgliedsbeiträgen. Für eine Streikwoche gibt es bei drei bis zwölf Monaten Mitgliedschaft das Zwölfwache des Durchschnittsbeitrags. Wer über zwölf bis 60 Monate Mitglied ist, erhält das 13-Fache, wer mehr als 60 Monate Beiträge gezahlt hat, bekommt das 14-Fache des Durchschnittsbeitrags.



Foto: Uwe Meinhold/ddp

Streiklokal

Mit Streikbeginn wird im IG Metall-Streiklokal der genaue Ablauf bekanntgegeben. Dort werden alle Streikenden registriert und der Streikausweis ausgegeben. Dieser dient zugleich als Kontrolle für die Streikbeteiligung. Daneben werden dort für die Streikenden viele nützliche Informationen bereitgehalten.

Registrierung, Meldetag

Jedes streikende IG Metall-Mitglied muss sich registrieren lassen. Wichtig: Mitgliedsausweis



Foto: Stefan Puchner / dpa / pa

Ohne abgestempelten Streikausweis gibt es kein Streikgeld.

es das Streikgeld



Mehr zum Thema

Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft. Für Auszubildende gibt es eine Sonderregelung. Mit dem Online-Streikrechner der IG Metall können sich Interessierte berechnen lassen, was ihnen im Streikfall zusteht.

► www.igmetall.de → Die IG Metall → Leistungen → Auf einen Blick

nicht vergessen. Zudem müssen sich streikende Metaller an den festgesetzten Meldetagen immer den Streikausweis abstempeln lassen. Fehlt ein Stempelnachweis, wird keine Streikunterstützung gezahlt.

Krankheit

Wer sich am Streik beteiligt, hat auch bei Krankheit keinen Anspruch auf Lohn- und Gehaltsfortzahlung. Es besteht aber Anspruch auf Krankengeld.

Krankenversicherung

Gesetzlich Krankenversicherte bleiben Mitglied in ihrer Krankenkasse und zahlen bis zum Ende eines Arbeitskampfes keine Krankenkassenbeiträge. Auch bleibt der Krankenversicherungsschutz bestehen. Freiwillig Versicherte müssen in dieser Zeit Beiträge entrichten.

Ende des Streiks

Die IG Metall entscheidet über das Ende eines Streiks. Darum sollte die Arbeit erst nach Anweisung der Streikleitung wieder aufgenommen werden.

Maßregelungsklausel

Ist ein Streik beendet, vereinbaren die Tarifvertragsparteien in der Regel die sogenannte Maßregelungsklausel.

Üblicherweise wird mit der Klausel vereinbart, dass nach einer abgeschlossenen Tarifbewegung eine Maßregelung von Arbeitnehmern, die sich am Streik beteiligt haben, nicht erfolgt oder aber rückgängig gemacht wird. Gleiches gilt für mögliche Schadensansprüche. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Weitere Infos zum Streikgeld:

► www.igmetall.de/metallzeitung

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

»Die Erfolge vor Gericht haben mich bestärkt«

metallzeitung sprach mit Ernst Schiller. Der Betriebsrat von Völk muss sich immer wieder vor Gericht wehren.

metallzeitung: Wann fingen deine Probleme an?

Ernst Schiller: Vor zwei Jahren. Damals waren bei uns Stellen abgebaut worden. Da wir weniger Beschäftigte hatten, war ich als Betriebsrat nicht mehr freigestellt. Ich kehrte an meinen Arbeitsplatz zurück. Doch die Geschäftsleitung wollte mich in die Produktion versetzen. Die Arbeit im Drei-Schicht-Betrieb hätte ich nicht geschafft. Ich habe geklagt und gewonnen.

metallzeitung: War dann Ruhe?

Schiller: Nein, das ging immer so weiter. Einmal bekam ich kein Geld für Krankentage, ein anderes Mal musste ich in meiner Abteilung Fenster putzen, und ich bekam mehrere Abmahnungen. Auch dagegen habe ich geklagt und jedes Mal gewonnen.

metallzeitung: Welche persönlichen Folgen hatte das für dich?

Schiller: Psychisch hat mir die Geschichte arg zugesetzt. Ich konnte nicht mehr schlafen, bekam ständig Kopfschmerzen und Ohrensausen. Da kommen

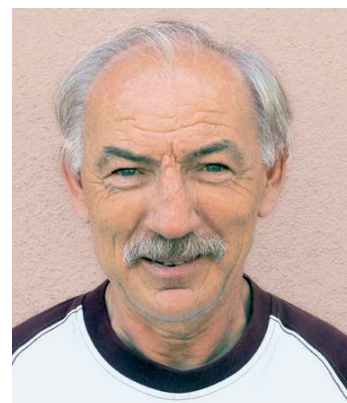


Foto: FM

Seit zwei Jahren muss sich Betriebsrat Erich Schiller mit seinem Arbeitgeber immer wieder vor Gericht auseinandersetzen.

einem irgendwann auch Zweifel. Die Erfolge vor Gericht haben mich aber bestärkt, dass ich richtig liege.

metallzeitung: Denkst du daran aufzuhören?

Schiller: Nein, mit 56 bin ich noch zu jung. Und nach einer längeren Krankheit waren auch viele Kollegen froh, dass ich wieder da war. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

MENSCHEN, DIE BEWEGEN

Aktive Gewerkschaftsarbeit mal anders

Selbst bezeichnen sie sich als »lockeren Haufen«. Gemeint sind »Workers Wheels« – ein Netzwerk für Biker und Motorradfahrer in der IG Metall, für haupt- und ehrenamtlich Arbeitende aller DGB-Gewerkschaften. Ziel des Netzwerks ist es, politisch aktiven Bikern eine Plattform für gemeinsame Touren, Diskussionen rund ums Motorrad und die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit zu bieten. Andreas Fischer vom IG Metall-Bezirk Bayern, einer der Initiatoren von »Workers Wheels«, findet: »Mit dem Motorradfahren ist es wie mit der Gewerkschaftsarbeit: Gemeinsam und solidarisch erreichen wir mehr – und es macht auch mehr Spaß.« Inzwischen machen 284 Biker im Netzwerk mit. ap



Foto: Privat

LAUT UND LEISE

Gedichte zum Leben von Uwe Tarnow

Vor 35 Jahren begann Metaller Uwe Tarnow Gedichte zu schreiben, über die Arbeit und das Leben. Damals war er noch Betriebsrat, später Erster Bevollmächtigter der

IG Metall Bonn und Vorsitzender des Seniorenarbeitskreises NRW. Ob es um Arbeit, Politik, Liebe oder Tod

geht – Tarnows Lyrik ist nie düster, sondern macht immer Mut. Sein neuester Band mit Gedichten zum Leben sind auch auf CD von Tarnow gelesen zu hören. **de**

Uwe Tarnow: »Gedichte zum Leben«. Brümmer 2008, Alfter/Bonn, Buch plus CD, 12,80 Euro exklusiv für IG Metall-Mitglieder: www.igmetall.de/metallzeitung Hier sind auch weitere Gedichte von Uwe Tarnow zu lesen.



Satire in Theater und Aktion: Schuppen 68

Die Satirekünstler des »Schuppen 68« schwirren irgendwo zwischen Karl und Groucho Marx«. Die Gewerkschafter machen seit 40 Jahren Straßentheater, skurrile Aktionen, schreiben Texte und philosophieren über das »Nichts«.



In ihrer Heimatstadt Hannover sind sie schon bei den Kommunalwahlen angetreten – unter dem Motto »Freibier und Erbsensup-

pe«. Und Schuppen 68-Metaller Klaus-Dieter Gleitze hat sich mal als Bundespräsident beworben.

In den Texten und Theateraufführungen des Schuppen 68 geht es um politisch-soziale und gewerkschaftliche Themen. Derzeit sind Kurzgeschichten über prekäre Arbeit für Lesungen in Arbeit. Der Schuppen 68 tritt überwiegend im Raum Hannover auf, ist aber auch bundesweit nach eigener Aussage »käuflich«. **de**

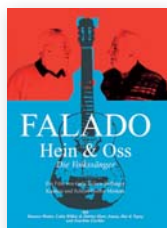
► www.schuppen68.de

Film über die »Volkssänger« Hein & Oss

Hein & Oss Kröher sind die Gründer Liedermacherbewegung. Nach dem Krieg begannen die beiden heute 81-jährigen Zwillinge Volkslieder zu singen – jenseits von Schlager und »Humbatäterä«. Arbeiter- und Freiheitslieder wie »Moor-soldaten« oder »Trotz alledem« sind seit Ende der 60er Jahre

Klassiker der Arbeiterkultur. Gabi Bollinger, die Hein & Oss seit 30 Jahren begleitet, hat diesen Film gemacht. Mit Konzertausschnitten und Interviews mit Hein & Oss sowie Kollegen wie Hannes Wader oder Franz Joseph Degenhardt. **de**

»Falado. Hein & Oss. Die Volks-sänger«. Gabi Bollinger, 2008, DVD, 90 Minuten, ab 19,90 Euro. ► www.buechergilde.de



MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Pflegezeitgesetz: Mehr Zeit für nahe Verwandte

Seit Juli haben Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch, sich für bestimmte Zeit um Pflege bedürftige Angehörige zu kümmern.



Foto: Patrick Pleul / ZB / pa

Eine bedarfsgerechte Betreuung organisieren, dank unbezahlter Freistellung.

Mit dem Gesetz über die Pflegezeit (PflegeZG) werden jetzt arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Ansprüche pflegender Angehöriger geregelt.

Pflegezeit: Wer in einem Betrieb mit mehr als 15 Beschäftigten arbeitet, kann sich bis zu sechs Monate unbezahlt von der Arbeit freistellen lassen. Die Pflegezeit muss dem Arbeitgeber zehn Tage vor deren Beginn schriftlich angekündigt werden. Auch muss mitgeteilt werden, für welchen Zeitraum und in welchem Umfang die Pflegezeit in Anspruch genommen wird.

Auf Wunsch des Arbeitnehmers, kann die Freistellung auch teilweise erfolgen. Dann wird mit dem Arbeitgeber schriftlich die Verringerung und die Verteilung der Arbeitszeit vereinbart. Auch muss dem Arbeitgeber die Pflegebedürftigkeit des nahen Angehörigen von der Pflegekasse oder dem medizinischen Dienst der Krankenversicherung bescheinigt werden. Während der Pflegezeit bleiben Betroffene arbeitslosen-

und in Regel kranken- und pflege-versichert. Freiwillig oder privat Krankenversicherte, bekommen auf Antrag den Mindestbeitrag in die Kranken- und Pflegeversicherung erstattet. Für Angehörige, die mindestens 14 Stunden in der Woche pflegen, übernimmt die Pflegekasse die Beiträge in die Rentenversicherung.

Kurzzeitige Freistellung: Müssen Angehörige in einer Akutsituation Pflege organisieren oder sicherstellen, haben sie jetzt einen Anspruch, sich bis zu zehn Tage unbezahlt von der Arbeit freistellen zu lassen. In dieser Zeit bleiben sie sozialversichert. Der Chef darf die kurzfristige Auszeit nicht ablehnen. Aber er kann eine ärztliche Bescheinigung über die Pflegebedürftigkeit und Erforderlichkeit der Freistellung verlangen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Infos zum PflegeZG, Tipps und Broschüren für Versicherte und Angehörige unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

RÄTSEL

1	2	3	4		5		6		7	8	9
10					11				12		9
13			8		14			15	16	11	
		17					18		2		
19	20				21		10			22	
23					24				25	26	
			27		5		28				29
30		31			32	33			34	12	
		35	7		36		37	6	38		39
40	41			42	43			3	44		
45			46	1			47				48
49		50			51	52			53	54	
		55		56	4				57		
58						59					

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

WAAGERECHT

- 1 negative Mitteilung
- 6 lateinisches Wort für: Wut, Raserei
- 10 Bündnis zwischen Staaten
- 11 männlicher Artikel
- 12 Großeule
- 13 fiederblättrige Zierpflanze
- 15 Fruchtstand
- 17 Karteikartenreiter
- 18 Zeitungslüge
- 19 unschön, unansehnlich
- 22 Autokennzeichen von Neuss
- 23 Berg bei Sankt Moritz
- 24 griechische Göttin der Morgenröte
- 25 japanischer Kimonogürtel
- 27 eins (englisch)
- 28 enthaltsam lebender Frommer
- 30 Couturier † (Christian)
- 32 Fragewort
- 34 griechische Göttin
- 35 Abkürzung für: Kraftfahrzeug
- 37 Autokennzeichen der Hansestadt Rostock
- 39 Autokennzeichen von Erding
- 40 Autokennzeichen von Starnberg
- 42 niederländischer Maler † (Jan)
- 45 Menschenrechtsorganisation (Abkürzung)
- 46 Abkürzung für: Assessor
- 47 nordamerikanischer Rothirsch
- 49 derb, unhöflich
- 51 Fisch
- 53 Prüfungsordnung (Abk.)
- 55 Bruder des Romulus
- 57 Rheinzuffluss
- 58 Gewebe mit Schattierung
- 59 ruhelos, rastlos

SENKRECHT

- 1 nordamerikan. Indianer
- 2 in Geldscheinen oder Münzen
- 3 Rollbrettfahrer (englisch)
- 4 Gebirge in Nordafrika
- 5 Stadt in den Niederlanden
- 6 alte französische Währung
- 7 beschauliche Untätigkeit, Entspannung
- 8 Hörorgan
- 9 Ackerknolle, Viehfutter
- 14 norwegischer Dramatiker † (Henrik)
- 16 das Ganze der moralischen Gesinnung
- 18 sommerliche Schleckerei
- 20 Wasserbüffel
- 21 dt. Fußballnationaltrainer (Joachim)
- 22 Metallarbeiterberuf
- 26 Behörde mit Sitz in Wiesbaden (Abk.)
- 27 österr. TV-Sender (Abk.)
- 28 Teil von Kleidungsstücken
- 29 Teledialog (Kurzwort)
- 30 Kursabschlag an der Börse
- 31 Zufluss der Wolga
- 33 Anrede für Wort
- 36 Behörde für Studierende (Abkürzung)
- 38 Fettart
- 41 Zollkennzeichen am Lkw (Abkürzung)
- 43 Sohn des Isaak
- 44 aufsehenerregendes Ereignis
- 46 Einwand, Einschränkung
- 48 US-Staat (Abk.)
- 50 Kurort im Spessart
- 52 eh. Abgastest (Abk.)
- 54 englische Pastete
- 56 Autokennzeichen von Mettmann
- 57 Abkürzung für: Motorschiff

Die Gewinner im Juni

Lösungswort: **Tarifeinheit**

Erster Preis: Vier Übernachtungen im IFA Schöneck Hotel & Ferienpark
Annelore Baier, Steinmauern

Zweiter Preis: Ein original Steiff-Teddy »Petsy«
Ursula Schwarz-Rickert, Dinslaken

Dritter Preis: Eine interaktive Lernsoftware von »Pons«
Andreas Schuhmann, Schwaig

Die neuen Preise im August



Erster Preis
Eine Oral-B-Station »Professional Care 5500« von Braun.



Zweiter Preis
Ein original Steiff-Teddy »Lotte – im Koffer«.



Dritter Preis
Ein IG Metall-Fußball »Derbystar«.

Das Lösungswort unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60239 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Hinweis: Die oben genannte Adresse ist ein Postfach, in dem ausschließlich Lösungszuschriften ankommen. Zuschriften wie Adressänderungen oder Fragen zur Ausgabe bitte an die im Impressum genannte Anschrift senden.

Einsendeschluss

27. August 2008

DA GEHT WAS

Solidarität zahlt sich aus

Seit die Arbeitgeber des Kfz-Handwerks in Nordrhein-Westfalen Ende April die Tarifverhandlungen platzen ließen, verhandelt die IG Metall Betrieb für Betrieb. Mit Erfolg, wie das Beispiel MAN Nutzfahrzeuge zeigt: Bis 2010 bekommen die Beschäftigten 7,2 Prozent mehr Geld. Das gute Ergebnis haben sie nicht zuletzt ihrem geschlossenen Auftreten zu verdanken.



Foto: Thomas Range

Gemeinsam ein gutes Tarifiergebnis erreicht – MAN-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Wilfrid Loos (Zweiter von rechts) mit Kollegen.

Über ihre jüngste Lohn- und Gehaltsabrechnung können sich die 1240 Beschäftigten in den 31 Service-Stationen der MAN Nutzfahrzeuge AG in NRW freuen. Es gibt einmalig 225 Euro und dauerhaft 3,2 Prozent mehr Geld. Diesen Tarifiergebnis haben sie vor allem sich selbst zu verdanken.

Die Einmalzahlung gilt für die Monate März, April und Mai. Die 3,2 Prozent Lohnerhöhung erhalten sie rückwirkend ab Juni. Im Dezember 2008 und 2009 folgen weitere Tarifierhöhungen von je zwei Prozent. Macht insgesamt 7,2 Prozent mehr Geld in drei Stufen bis 30. April 2010.

Das sah anfangs anders aus: Die Firma bot nur 150 Euro und für die erste Stufe 2,8 Prozent an. Das lehnte die Tarifkommission ab. Und traf damit die Stimmung in den Betrieben. Die Betriebsräte schickten Faxe in die Konzernzentrale nach München – Tenor:

»Wir wollen mehr.« Und das war ernst gemeint: »Hätte es Probleme gegeben, hätten wir nur pfeifen müssen«, ist sich der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Wilfrid Loos sicher. Es gab keine

Probleme. MAN erhöhte sein Angebot und erkannte zudem alle Tarifverträge an, die der Kfz-Verband Nordrhein-Westfalen zuvor gekündigt hatte.

Damit waren auch alle mit der

Kündigung verbundenen Arbeitgeberforderungen vom Tisch: Keine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, kein Streichen von Urlaubstagen und Urlaubsgeld, der besondere Kündigungsschutz und die Verdienstsicherung für Ältere bleiben erhalten.

»Nur wer geschlossen auftritt, kann etwas erreichen«, erklärt Loos den Erfolg. Der Duisburger Betriebsratsvorsitzende Siegfried Kokoschka bestätigt das: »Die Belegschaften standen hinter uns.« Die MAN-Beschäftigten in NRW sind im Schnitt zu 50 Prozent in der IG Metall, in fünf der 31 Werkstätten sogar zu 100 Prozent.

Auch der Düsseldorfer IG Metall-Bezirkssekretär Werner Birkhahn, der die Verhandlungen leitete, ist zufrieden: »Das Ergebnis zeigt: Nur gewerkschaftlich gut organisierte Belegschaften haben auch gute Tarifverträge.«

Norbert.Huesson@t-online.de

Erster Arbeitskampf seit 1993 im Kfz-Gewerbe

- Der Kraftfahrzeug-Verband in Nordrhein-Westfalen löste sich Ende April als Tarifvertragspartei auf. Die IG Metall NRW forderte alle 400 Betriebe mit Betriebsrat zu Haustarifverhandlungen auf.
- Bis Mitte Juli lagen für 9650 Beschäftigte in 162 Betrieben Firmen-Tarifabschlüsse vor. Für weitere rund 10 000 Beschäftigte gab es verbindliche Zusagen der Arbeitgeber, Mitglied einer – noch zu gründenden – Tarifgemeinschaft zu werden.
- Die »Totalverweigerer«, die bis Anfang August weder einen Haustarifvertrag abschließen noch der Tarifgemeinschaft beitreten wollen, müssen damit rechnen, dass die Verhandlungen für gescheitert erklärt werden. Bei den Fahrzeugwerken Lueg, Bochum, war das schon der Fall. Alle 14 Standorte wurden ab 11. Juli bestreikt. Es war der erste Arbeitskampf im Kfz-Gewerbe NRW seit 1993. Nach wenigen Tagen lenkten die Arbeitgeber ein. Am 16. Juli gab es ein Verhandlungsergebnis: Rückwirkend ab Mai erhalten Beschäftigte und Azubis 2,5 Prozent mehr Geld. ► www.nrw.igmetall.de

DIE GUTE IDEE

Sozialticket soll Recht auf Mobilität sichern

Weil vielen Bochumern das Geld für Fahrscheine fehlt, fordern Initiativen ein Sozialticket. Die IG Metall unterstützt sie dabei.

Ganz Bochum – vom Asta der Ruhr-Universität über den Verkehrsclub Deutschland (VCD) bis zur IG Metall – macht Druck auf den Rat der Stadt. Die Kommune soll ein Sozialticket für Menschen einführen, deren Einkommen unterhalb der Armuts-grenze liegt. Für die Initiativen gehört das Bus- und Bahnfahren zur Menschenwürde.

»Das Recht auf Mobilität muss allen hier lebenden Menschen als Voraussetzung für die Teilnahme am sozialen, kulturellen und sportlichen Leben zugestanden werden«, fordert etwa der Bochumer »Arbeitskreis Erwerbslose in der IG Metall«.

Aber immer mehr Bochumer haben Probleme damit, das Geld für einen Fahrschein zusammenzukratzen. Zwar sieht der Hartz IV-Regelsatz 11,04 Euro monatlich für den öffentlichen Personennahverkehr vor. Das Monatsticket für Bochumer Erwerbslose kostet aber 39,20 Euro. In Köln und

Dortmund können Bedürftige schon heute verbilligte Tickets nutzen. So erhalten in der Domstadt Hartz IV-Bezieher 50 Prozent Rabatt, in Dortmund kostet das Sozialticket für Inhaber des Dortmund-Passes 15 Euro monatlich.

Der Bochumer Rat taktiert derweilen noch. Zwar hat er sich für die »baldige Einführung« eines Sozialtickets ausgesprochen – allerdings nur für den gesamten Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR). Damit würde die Entscheidung bei dessen CDU-dominiertem Verwaltungsrat liegen.

Kein Wunder, dass die Initiativen misstrauisch sind. Uli Schneider vom IG Metall-Erwerbslosenarbeitskreis: »Notfalls organisieren wir ein Bürgerbegehren.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Weitere Informationen zur Initiative »Ratschlag Sozialticket« gibt es unter:

► www.sozialforum-bochum.de



Foto: WAZ-Bild / Martin Möller

Mit dem »Sozialticket« sind auch sozial Schwächere mobil.

UNSER PRODUKT

Textilien, die wirksam vor UV-Strahlung schützen

Ob Kleidung oder Sonnenschutz: Viele Stoffe bieten zu wenig UV-Schutz. Besser schützen Stoffe nach UV-Standard 801.



Foto: Mehler

Bitteres Testergebnis der Zeitschrift »Öko-Test«: Die meisten Sonnenschirme und Strandmuscheln fielen durch – mit einem Lichtschutzfaktor von fünf oder weniger. Da ist nicht nur braun im Schatten, sondern brandrot drin. Auch normale Baumwollkleidung bietet wenig mehr Schutz.

Anders sind da Textilien einiger Hersteller, die den UV-Standard 801 erfüllen: Bis Schutzfaktor 80 –

und das nass und abgewetzt, zu australischen Hochsommer-Bedingungen. Wie die Arbeitskleidung von Kübler in Plüderhausen. Oder Sonnenschutz-Stoffe von Mehler Technologies in Fulda. Beide fertigen zu fairen Arbeitsbedingungen nach IG Metall-Tarif. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr Infos zu UV-Schutz-Stoffen: ► www.uvstandard801.com

MITMACHEN WIR SUCHEN GUTE PRODUKTE, DIE IHR HERSTELLT

Querdenken, etwas anders machen oder Dinge auf den Kopf stellen: Die metallzeitung sucht gute Ideen und Produkte, auf die Metal-lerinnen und Metaller stolz sind. Wer ist Weltmeister? Wo gibt es neue Konzepte und Ansätze?

Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

Anzeige

UNVERZICHTBAR.
BETRIEBSRATSSEMINARE

ARBEITSRECHT
GLOBALISIERUNG
KONFLIKTBERATUNG
OUTSOURCING
ZEITMANAGEMENT

www.dgb-bildungswerk.de DGB BILDUNGSWERK

IN KÜRZE

Vorreiter Frankreich

In Frankreich hat sich der gesetzliche Mindestlohn seit dem 1. Juli auf 8,71 Euro je Stunde erhöht. In Deutschland ist die Bundesregierung noch nicht einmal bereit, die gesetzliche Grenze bei 7,50 Euro zu ziehen – und das trotz galoppierender Energiepreise. Folglich rutscht das Lohnniveau immer weiter ab. Das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) zählte bereits 2006 rund 6,5 Millionen Niedriglöhner in Deutschland. Ihr Lohn lag im Durchschnitt bei 6,89 Euro im Westen und 4,86 Euro im Osten. Infos über »Gesetzliche Mindestlöhne in Europa« gibt es unter:

► www.igmetall.de

→Themen →Papiere/Positionen

Datenschutz-Ratgeber

Im Arbeitsverhältnis gelten bestimmte Gesetze und Verordnungen, die das Erheben, Speichern und Auswerten von Daten zulassen. Aber was ist letztlich zulässig, was nicht und wer ist dafür zuständig, dass alles ordnungsgemäß durchgeführt wird? Ausführliche Infos gibt der Online-Ratgeber »Datenschutz im Arbeitsverhältnis« der Arbeitskammer Saarland.

► www.arbeitskammer.de

→Publikationen

→Online-Broschüren

Ferienjobs für Schüler

Die Deutsche Rentenversicherung weist darauf hin, dass Schüler grundsätzlich die gleichen Abgaben zahlen müssen wie normale Arbeitnehmer. Wer lediglich die Sommerferien zum Arbeiten nutzt, übt eine kurzfristige Beschäftigung aus. Dann müssen aus dieser Tätigkeit keine Beiträge gezahlt werden, egal wie hoch der Verdienst ist. Eine »kurzfristige« Beschäftigung liegt vor, wenn diese insgesamt zwei Monate oder 50 Arbeitstage im laufenden Jahr nicht überschreitet. Dass es nicht mehr wird, muss von vornherein festgelegt sein. Fragen zum Thema Ferienjob beantworten die Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung am kostenlosen Servicetelefon unter der Rufnummer:

► 0800-10 00 48 00

AKTUELL



Illustration: ValueClips

Schweiß, lass nach

Viel Sonne und hohe Temperaturen – das ist nicht für jeden ein Vergnügen. Hohe Temperaturen am Arbeitsplatz wirken sich auf die gesundheitliche Befindlichkeit aus und stellen eine Belastung dar.

Die Arbeitsstättenverordnung verpflichtet Arbeitgeber, für eine gesundheitlich zuträgliche Raumtemperatur zu sorgen und Arbeitnehmer gegen direkte Sonneneinstrahlung zu schützen. Aber: Eine maximal zulässige Temperatur wird nicht genannt. Bei außergewöhnlich hohen Temperaturen an heißen Sommertagen darf die Obergrenze von plus 26 Grad Celsius Raumtemperatur ausnahmsweise überschritten werden (ASR 6). Beschwerden wie Kopfschmerzen, vorzeitige Ermüdung, Blutdruckabfall, Übelkeit oder Schwindel können die Folge sein.

Was kann getan werden, wenn die Hitze in Arbeitsräumen wie Büros, Ladengeschäften oder Werkstätten unerträglich wird?

Wenn es draußen sehr heiß ist, darf es innen höchstens sechs Grad unter der Außentemperatur sein. So können Belastungen durch zu große Temperaturunterschiede vermieden werden. Einen Hitzeausgleich können sogenannte Ersatzmaßnahmen bringen:

Direkte Sonneneinstrahlung vermeiden und die Vorhänge und die Jalousien schließen. Die Schutzvorrichtungen sollten möglichst außen am Gebäude angebracht sein, damit das warme Sonnenlicht nicht zu tief einstrahlen kann. Am frühen Morgen einmal quer lüften und dann die Fenster schließen.

Ventilatoren so aufstellen, dass keine unangenehme Zugluft entsteht. Diese kann zu Verspannungen führen. Lampen und Elektrogeräte, die Wärme produzieren, am besten ausschalten.

Zudem sollte leichte, nicht zu eng anliegende Kleidung getra-

gen werden, die die Hautfeuchtigkeit nach außen transportiert. Empfehlenswert sind Natur- oder spezielle Synthetikfasern.

Rechtzeitig noch vor dem Durst und ausreichend trinken. Am besten sind Wasser, Säfte, Fruchtttees oder Saftschorlen. Zwei bis drei Liter am Tag helfen dem Körper, sich von innen zu kühlen und den Flüssigkeitsverlust auszugleichen, der durchs Schwitzen entsteht. Auf Koffein oder Alkohol sollte verzichtet werden. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr Informationen unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Tipps bei Arbeiten im Freien

- Wer Gefahren durch Hitze und Sonne bei der Arbeit im Freien vermeiden will, sollte die Arbeit früher beginnen lassen und in der Mittagszeit länger Pause machen. Soweit möglich, sollte die Arbeit im Schatten gemacht werden.
- Im Freien ist es wichtig, sich gut vor schädlicher UV-Strahlung zu schützen. Körperbedeckende Kleidung bietet hier einen wirksamen Schutz. Auch die Augen reagieren empfindlich auf UV-Strahlen und sollten mit einer geeigneten Sonnenbrille geschützt werden.

BESSER MIT BILDUNG

Begleiter auf dem Weg von der Schule in den Beruf

Mit einem Mentorenprogramm half IG Metall Reinhard Böckl Hauptschülerinnen und Hauptschülern beim Berufseinstieg.

Die Frage nach dem richtigen Beruf hat schon manchem Schüler und mancher Schülerin viel Kopfzerbrechen bereitet. Besonders Hauptschülern fällt die Entscheidung für einen Beruf und die Suche nach einem Ausbildungsplatz schwer. Von ihnen finden nur zwei Fünftel eine Stelle im dualen System. Um ihnen den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern, startete IG Metall Reinhard Böckl vor drei Jahren ein Mentorenprogramm an der Volksschule Rain in der Nähe von Straubing. Zehn Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen betreuten eine Klasse im letzten Jahr vor ihrem Abschluss. Von den 22 Schülerinnen und Schülern hatten am Ende 16 eine Ausbildung gefunden. Zwei entschieden sich für eine zusätzliche schulische Ausbildung.

»Wir wollten den jungen Menschen eine Perspektive geben«, sagt Böckl, der den Arbeitskreis Berufsbildung der IG Metall Bayern leitet. Denn die sahen viele von ihnen offenbar nicht mehr. Ein Drittel der Neuntklässler saß bereits zum zweiten Mal in dieser Klasse, als die Mentoren dort mit

ihrer Arbeit starteten. Sie hatten das Schuljahr freiwillig wiederholt, weil sie auf dem Ausbildungsmarkt keine Chance sahen.

Am Anfang stand eine Unterschrift. Böckl und seine Kollegen schlossen mit den Schülern eine Vereinbarung ab. Darin legten sie individuelle Lernziele fest.

Die Mentoren trafen sich regelmäßig mit ihren Schülern, organisierten Kontakte zu Betrieben, diskutierten Berufswünsche sowie Stärken und Schwächen ihrer Schützlinge. Zum Programm gehörte ein Bewerbungstraining. Die Schüler übten das Vorstellungsgespräch und schrieben Bewerbungen. Für Böckl zeigte die Arbeit in der Schule vor allem eins: »Gerade Hauptschüler brauchen eine individuelle Betreuung.« Das können Lehrer und Berufsberater oft nicht leisten. In Rain erhielten die Lehrer jetzt Unterstützung durch eine Sozialarbeiterin. Dafür hatten sich die IG Metall eingesetzt. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Kontakt Reinhard Böckl unter:

► www.igmetall.de/metalzeitung



Foto: Gerhard Gahr

Reinhard Böckl und zwei Schüler erläutern Regina Görner (links) das Projekt.

AUF DEM PRÜFSTAND

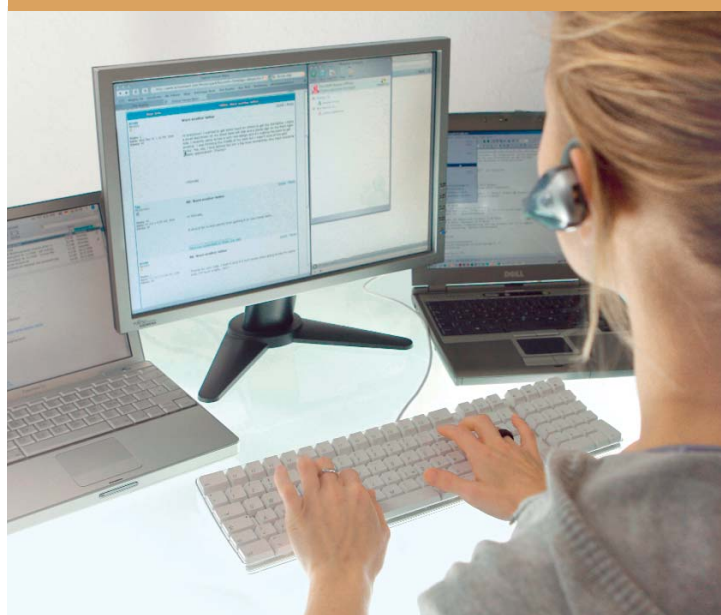


Foto: Sebastian Widmann / dpa / lno / pa

Beim PC geht der Trend wie beim Fernseher zum breiten Bildschirm.

Scharfe Zeichen und kein Geflimmer

Etwa 3,5 Millionen Bildschirme wechseln jedes Jahr die Ladentheke. Die meisten von ihnen sind technisch »befriedigend«.

Die Stiftung Warentest hat dieses Jahr 18 PC-Bildschirme getestet. Geprüft wurden Bildqualität, Bedienungsfreundlichkeit, Vielseitigkeit und Umwelteigenschaften (wie Stromverbrauch). Nur der Asus VW222U erhielt die Gesamtnote »gut«. Doch die anderen schnitten nicht viel schlechter ab, unabhängig von Größe und Preis; ihre Gesamtwerte waren alle »befriedigend«.

Um Sehstörungen, Kopfschmerzen, Muskel- und Gelenksbeschwerden zu vermeiden, sollten beim Kauf auch gesundheitliche Aspekte beachtet werden. Der Monitor sollte höhenverstellbar sein (das war im Test nur der HP), außerdem dreh- und neig-

bar. Die oberste Zeile sollte etwas unterhalb der Augenhöhe liegen und der Bildschirm bis 20 Grad nach hinten geneigt werden, empfiehlt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA). Bei der Größe geht der Trend zu breiten Bildschirmen mit einer Diagonale von 22 Zoll (56 cm). Schirme unter 15 Zoll sollten nicht verwendet werden, so die BAuA. LCD-Monitore haben Vorteile gegenüber denen mit Bildröhre (CRT): Sie flimmern und verzerren zum Beispiel nicht und haben eine hohe Zeichenschärfe. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Weitere Informationen unter:

► www.igmetall.de/metalzeitung

MITMACHEN WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, das es besser nicht an eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, was die besten Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte auf den Prüfstand.

Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

SYMBOLDATUM »68«

»Unerledigte Wahrheiten«

Vor 40 Jahren haben nicht nur Studenten rebelliert, sondern in vielen Städten haben sich auch Arbeiter und Gewerkschaften an den Protesten beteiligt. Welche Bedeutung hat die Rebellion von 1968 für die aktuelle Politik? Oskar Negt, damals Hochschullehrer in Frankfurt am Main, zieht ein Resümee.

Im mittlerweile wild wuchernden Kampf um die Deutungshoheit über jene Ereignisse, die mit dem Symboldatum »68« verknüpft sind, finden in Deutschland die Gewerkschaften nur am Rande Erwähnung. In Ländern wie Frankreich, Polen oder Tschechien zeigt sich eine ganz andere Perspektive. Im Mai 1968 gingen in Frankreich Millionen auf die Straße, und in den skandierten Parolen schwingt neben der Erfahrungswelt revolutionärer Traditionen auch die der Arbeiterbewegung mit. Ein Umsturz des politischen Systems, von De Gaulle etabliert, rückt in den Bereich des Möglichen. Auch im Prager Frühling, im dem Grund- und Menschenrechte der Demokratie eingeklagt werden, spielten die Gewerkschaften 1968 eine zentrale Rolle.

Wo es demokratisch verfasste, aber in den Lebensverhältnissen autoritär organisierte Systeme gibt, wie in Europa und den USA, ging es um ein Mehr an demokratischer Teilhabe, die als einziger Ausweg aus der Sackgasse der Entfremdung und der Bevormundung betrachtet wird. Das öffentliche Einklagen von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten war ein wesentlicher Ausgangspunkt der deutschen Protestbewegung von Studenten und Jugendlichen. Auf dieser Linie stellten sich auch in Deutschland sehr schnell Verbindungen her, die dann konkrete Kooperationen zwischen Studenten und Gewerkschaften ermöglichten.

Ich weiß, dass das nicht in allen Gewerkschaften und an allen Orten der Fall war. In Berlin war die Frontstellung zwischen rebellierenden Studenten und Gewerkschaften derart verhärtet und feindselig, dass praktisch nur

Zur Person: Oskar Negt, Sozialphilosoph

Oskar Negt, Jahrgang 1934, hat bis 1971 in Frankfurt am Main Soziologie gelehrt, anschließend bis zur Emeritierung 2002 in Hannover. Er gilt als einer der Wortführer der »68er-Generation« und steht den Gewerkschaften nahe. Negt zufolge sollten sich Gewerkschaften nicht auf einen »ökonomisch verengten Interessenkampf« beschränken, sondern ihr gesellschaftliches Engagement erweitern. Für Negt sind Sozialstaat und Demokratie untrennbar: »Wer den Sozialstaat in seinem Kern beschädigt, legt die Axt an die Wurzel der Demokratie.«



Foto: NOVUM / Walter Schmidt

ein einziger Aufenthaltsort für vernünftige Diskussionen übrig blieb, nämlich die IG Metall-Schule in Pichelssee. In Frankfurt dagegen, wo ich bis 1971 an der Universität lehrte, gab es bereits Anfang der 1960er Jahre einen intensiven Kontakt zwischen SDS und IG Metall. Führende Leute im Vorstand und in einzelnen Abteilungen hatten bei Horkheimer und Adorno studiert. Die SDS-Vorsitzenden Michael Schumann und Helmut Schauer hatten nicht nur jederzeit Zugang zu dieser Gewerkschaft, sie waren Mitarbeiter. Während der Notstandsopposition, die Studenten und Arbeiter dieser Region in vielen Aktionen zusammenschloss, war sogar ein Büro reserviert, das Aktionen koordinierte.

Es ging 1968 um konsequente Demokratisierung aller Arbeits- und Lebenszusammenhänge: der Schulen ebenso wie der Betriebe, der Universitäten und der Parteien.

Heute, wo alles zurückgedreht werden soll, alte Direktorialverfassungen in die Schulen wieder einziehen und Lobsprüche über Gehorsam und Disziplin verfasst werden, ist die Erinnerung an basisdemokratische Bewegungen von lebenswichtiger Bedeutung für den Erhalt einer demokratischen Gesellschaft. Demokratie als humane Gesellschaftsordnung würde infrage gestellt, wenn umgesetzt wird, was Arbeitgeberfunktionäre öffentlich bekunden.

Dass man sich nach 40 Jahren immer noch mit »68« beschäftigt, ist im Übrigen ein Zeichen dafür, dass bis heute unerledigte Wahrheitsgehalte in dieser Bewegung stecken. ■

► Oskar Negt: »Achtundsechzig«, Steidl-Verlag Göttingen, 2001, 416 Seiten, 12,50 Euro.

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Bund der Steuerzahler

Er tritt auf als die Interessenorganisation einer riesigen Bevölkerungsgruppe: der »Bund der Steuerzahler«. Aber spricht er wirklich im Namen aller Steuerzahler? Ein neue Studie weckt Zweifel.

Im Sekundentakt ändert sich die Zahl. Nur die ersten Ziffern der 13-stelligen Zahl bleiben längere Zeit gleich: 1.588. Die »Schulden-Uhr« zeigt die knapp 1,6 Billionen Euro Staatsschulden an. Fast jeder kennt sie aus dem Fernsehen. Die Uhr ist eines der spektakulären Mittel, mit denen der Bund der Steuerzahler regelmäßig die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt. Ein anderes ist der »Steuerzahlergedenktag« Anfang Juli. Er markiert den Tag, von dem an die Steuerzahler angeblich für sich selber arbeiten – nachdem sie die erste Jahreshälfte für den Staat geschuftet haben.

Mit solchen Aktionen, die die Medien meist gierig aufgreifen, versucht der Bund, die Politik zu beeinflussen. Der Politikwissenschaftler Rudolf Speth hat die vor 40 Jahren gegründete Organisation jetzt genauer unter die Lupe genommen. Und herausgefunden, dass seine gut 300.000 Mitglieder keineswegs einen Querschnitt der

Steuer zahlenden Bevölkerung bilden. Rund 60 Prozent sind Unternehmer, meist Mittelständler, weitere 15 Prozent Freiberufler. Nur zehn Prozent sind »Arbeitnehmer«; die meisten davon aber leitende Angestellte.

Zu dieser Klientel passt auch die Politik, für die der Bund wirbt. »Die Grundsatzbotschaft«, sagt Speth, lautet schlicht: Der Staat soll schlank sein. Die Politik muss sparen. Der Bund fordert Privatisierungen öffentlicher Leistungen und der sozialen Sicherung und Stellenabbau im öffentlichen

Dienst. Dass es für Steuern auch Gegenleistungen gibt (wie Schulen, Straßen und vieles mehr) erwähnt er nur am Rande.

In den vergangenen Jahren wandte er sich dagegen, dass länger Arbeitslosengeld gezahlt wird und forderte, die Leistungen der Krankenkassen zu kürzen. Das eingesparte Geld sollte genutzt werden, um zum Beispiel die Erbschaftsteuer abzuschaffen und den Mittelstand steuerlich zu entlasten. So entpuppt sich das »Finanzgewissen der Nation« als Lobby einer Minderheit in der Wirtschaft. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Die Finanzmoralprediger und ihre eigene Nase

Die Finanzmoralprediger des Bunds der Steuerzahler haben eine zwiespältige Moral. Der Berliner Landesvorsitzende wurde 2005 beschuldigt, Vereinsgeld für seine Altersvorsorge missbraucht zu haben. Mehr in der Studie von Rudolf Speth: »Steuern, Schulden und Skandale – Für wen spricht der Bund der Steuerzahler?« Download unter: ► www.boeckler.de → Veröffentlichungen → Arbeits- und Diskussionspapiere

Sicherer Job, längeres Leben
Männer, die in bescheidenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben, sterben im Durchschnitt früher als besser Gestellte. Je nach wirtschaftlicher und sozialer Lage differiert die weitere oder – so der Fachbegriff – fernere Lebenserwartung von 65-jährigen Männern um bis zu fünf Jahre. Das geht aus einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans Böckler-Stiftung hervor.

Soziale Unterschiede bei der Lebenserwartung sind sowohl unter Rentnern als auch unter Pensionären zu beobachten. Betrachtet man den Durchschnitt dieser beiden Gruppen, leben pensionierte Beamte zwei Jahre länger als Rentner. Zugleich ist innerhalb der Gruppe der pensionierten Beamten die Spreizung bei der Lebenserwartung größer als in der Gruppe der Rentner.

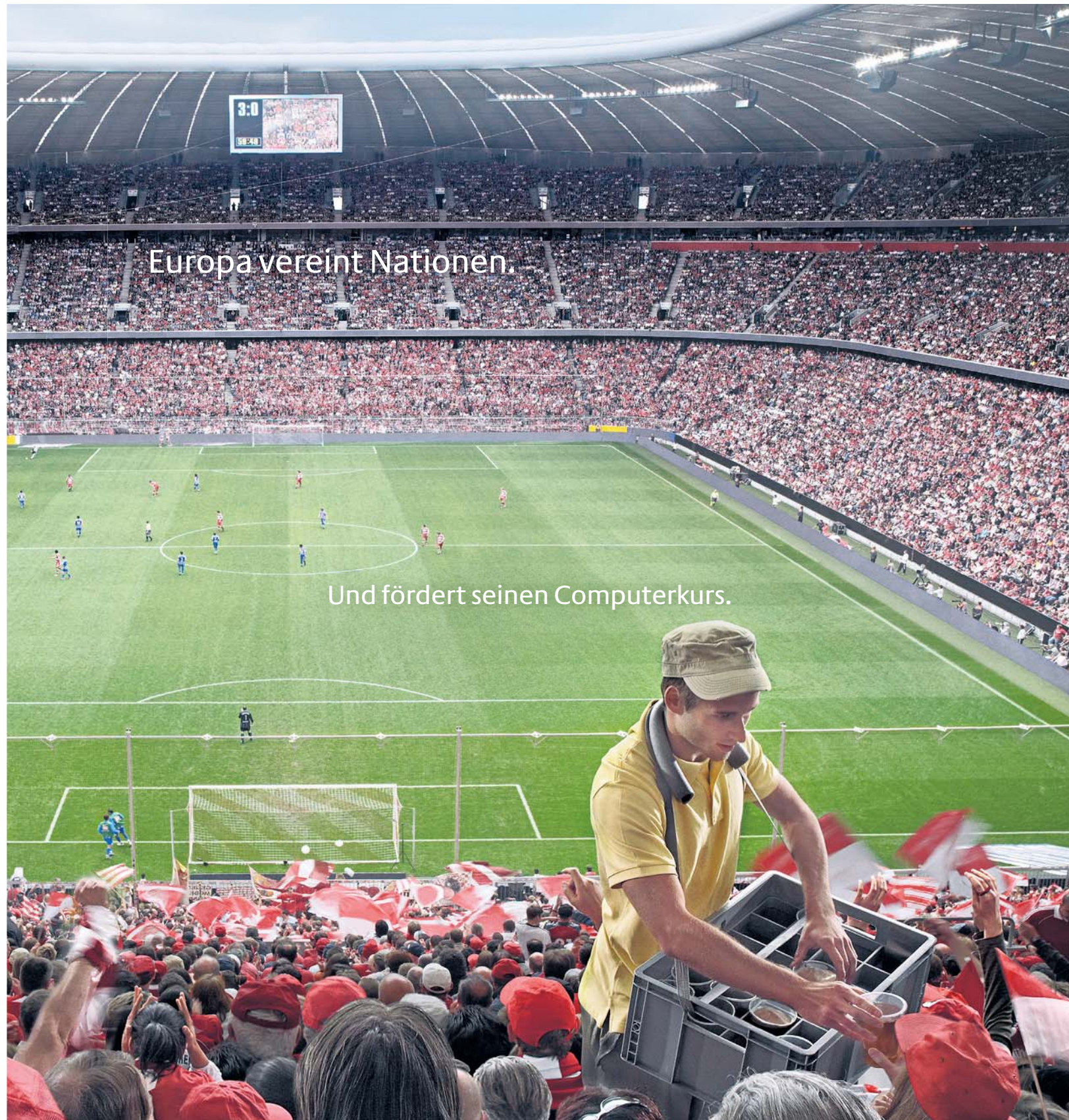
Trotz steigender Lebenserwartungen haben sich die sozialen Unterschiede bei der Lebenserwartung nicht verkleinert. Künftig dürften sie durch hohe Arbeitslosigkeit, Einschränkungen bei der gesetzlichen Alterssicherung und im Gesundheitswesen sogar eher größer werden.



DAS LETZTE

FLUCH DER KARIBIK





Der Europäische Sozialfonds fördert in Deutschland mit über 9 Milliarden Euro viele tausend Menschen. Unterstützt werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose und Alleinerziehende mit dem Ziel, ihre Chancen auf einen sicheren und guten Arbeitsplatz zu verbessern. Gut möglich, dass die Fortbildungsmaßnahmen auch für Sie interessant sind. Informieren Sie sich unter www.esf.de oder 01805/67 67 19*. *Kostenpflichtig, 14 Ct/Min. aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich.

Für ein lebenswertes Land.



EUROPÄISCHE UNION



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

EXKLUSIV-ANGEBOT nur für die Leser der "metallzeitung"

SPLENDOR - ein Schweizer Uhrenhersteller präsentiert:

Präzisions-Markenuhren "2 für 1" - 2 bestellt - 1 davon geschenkt

Sie haben richtig gelesen, original Schweizer Markenuhren, die vorher bis zu € 199,- kosteten, erhalten Sie jetzt **GRATIS!**
In der Jubiläums-Aktion "2 für 1" können Sie sich 2 beliebige Uhren aussuchen und bezahlen für beide zusammen nur € 98,-! Bei diesem Angebot handelt es sich um original Präzisions-Markenuhren mit uneingeschränkter Garantie und vollem Rückgaberecht!



Original Schweizer Uhr
Geprüfte Markenqualität

Wasserdicht 5ATM

Juwelierqualität
Hartvergoldung
echt Gold 585
10 Jahre Garantie

Damen Art. 548

Herren Art. 547

Original Schweizer Partneruhren "Escorial"

- Exklusive Schweizer Präzisions-Partneruhr in eleganter Optik
- Lünette mit 2 Simili-Diamantbändern an den Seiten
- Flexibel verstellbares Gliederarmband in auffälliger Fischgrät-Flechtung, hartvergoldet in echt Gold 585
- 2 Diamanten in 12 Uhr ● Datumsanzeige in 6 Uhr ● Sekundenzeiger
- Original Schweizer Präzisionsquarzwerk mit 5 Jahren Werksgarantie
- Wasserdicht 5ATM

"Splendor-Zufriedenheits-Garantie" von 5 Jahren.
Zusätzlich spezielles Sonder-Rückgaberecht von 6 Monaten.

Aktionshaus SPLENDOR SA, Binzstr. 15, CH-8036 Zürich

BESTELL-COUPON "2 für 1" nur € 98,-

Ja, auch ich möchte von Ihrem Angebot Gebrauch machen und bestelle:
Original Präzisions-Markenuhren zum Jubiläums-Preis "2 für 1"

Anzahl	Art.Nr. (bitte eintragen)	Preis
1		€ 98,-
1		
1	vergoldete Tisch-Pendeluhr	+ € 1,-
	plus € 7,60 Porto, inkl. Versicherung	+ € 7,60

Name

Vorname

Strasse, Nr.

PLZ/Ort

Vorwahl/Telefon für etwaige Rückfragen

Der Versand erfolgt zollfrei. Zollkosten sind im Preis inbegriffen.

"2 für 1"
2 Markenuhren
zum Preis von 1
nur
€ 98,-



Präzisions-Markenuhren
Lagerverkauf
ab Hersteller

Wasserdicht 5ATM

NEU: Automatic-Präzisionsuhr "Master-Tourillon" mit Glasboden und Sichtfenster

- Original Tourillon-Automatic-Werk mit 25 Steinen im Tourbillon-Look
- Zweite Zeitzone
- Glasboden und Sichtfenster im Zifferblatt auf Präzisionswerk mit dem Master-Tourillon
- Krokogenarbetes Echtlederarmband mit Feuchtigkeitsimprägnierung
- Gehäuse und Schließe vergoldet in echt Gold 585
- Kratzfestes Saphirglas ● Wasserdicht bis 5ATM

Automatikuhr Art. 1720

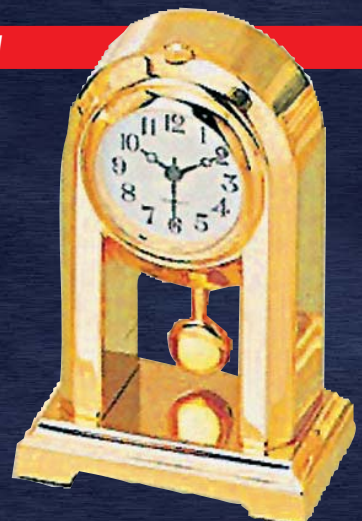
Juwelierqualität
Hartvergoldung
echt Gold 585
10 Jahre Garantie

Glasboden
mit Einblick
auf das
Automatikwerk

Jubiläums-DANKESCHÖN

Bei Bestellung
bis 31. August 2008
erhalten Sie diese
vergoldete Tisch-Pendeluhr
statt für € 26,- für nur € 1,-!

Direkt vom
Hersteller -
Angebot gültig bis
31. August 2008



Aktionshaus SPLENDOR SA,
Binzstr. 15, CH-8036 Zürich

Info-HOTLINE: Tel. 0041-444 543 080
Infobox: 0041-433 332 304
www.Splendor-sa.de



Metal